

zentralasien- analysen



www.laender-analysen.de/zentralasien

BASARE IN ZENTRALASIEN PRÄSIDENTSCHAFTSWAHLEN IN KASACHSTAN

■ ANALYSE

Heiß umkämpft – Der neue Kapitalismus der Basare in Zentralasien
Von Gül Berna Özcan, London 2

■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

Die größten Basare in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan im Überblick 6

■ INTERVIEW

Keine Präsidentschafts-, sondern eine Nasarbajew-Wahl
Interview mit Wladimir Koslow 13

■ CHRONIK

Vom 22. Januar bis 18. Februar 2011 17



Forschungsstelle Osteuropa
an der Universität Bremen

DGO

► Deutsche Gesellschaft
für Osteuropakunde e.V.

Heiß umkämpft – Der neue Kapitalismus der Basare in Zentralasien

Von Gül Berna Özcan, London

Zusammenfassung

Das Beispiel der Basare Zentralasiens zeigt exemplarisch, welche neuen marktwirtschaftlichen Institutionen im postsowjetischen Raum entstanden sind und wie sie funktionieren. Nach dem Ende der Sowjetunion füllten sie Lücken im lokalen und regionalen Handel, die die sowjetischen Distributions- und Zuteilungssysteme hinterlassen hatten und schufen zugleich neue Beschäftigungs- und Einkommensmöglichkeiten für Tausende von Menschen und somit eine Besteuerungsgrundlage für die Regierungen. Außerdem wurden die Basare zu einem Dreh- und Angelpunkt für Unternehmensgründungen und Innovationen, zu einem Ort, an dem sich mancherlei Ideen entwickeln, miteinander konkurrieren und umgesetzt werden konnten. Seit der Jahrtausendwende wurden sie aber zunehmend Ziel von Repressionen und Umverteilungsrunden innerhalb der oligopolistischen Märkte Kasachstans, Kirgistans und Usbekistans.

Die soziale Schichtung in den zentralasiatischen Republiken veränderte sich durch die Neuverteilung wirtschaftlicher Chancen nach dem Ende der Sowjetunion grundlegend. Unter der Herrschaft der Chefs der alten kommunistischen Parteien und der neuen wirtschaftlichen Eliten sind im Laufe von zwei Jahrzehnten neue, sehr unterschiedliche und auch gegensätzliche Gesellschaftsschichten entstanden. Dabei kristallisierten sich fünf Gruppen heraus, die durch ihre wirtschaftlichen Zugangschancen und ihr Vermögen definiert sind: die herrschenden Familien, die Oligarchen und Höflinge, die Schützlinge und Apparatschiks, die unternehmerische Mittelschicht und die Unterprivilegierten. Alle diese Gruppen sind an einem dynamischen Umverteilungssystem beteiligt, das als Mikado-Spiel beschrieben werden kann. Bei diesem Geschicklichkeitsspiel müssen die Spieler ein System aus zahllosen Teilen zerlegen, ohne das Ganze so zu stören, dass es zusammenbricht. Mithilfe ihres Mikado-Spiels häufen die verschiedenen Parteien immer wieder Reichtum und Geschäftsvorteile auf Kosten anderer an.

Für die Basare hat dieses Umverteilungssystem drei wichtige Folgen: Erstens sind die herrschenden Gruppen darauf aus, höhere Mietpreise aus den Großmärkten herauszupressen, indem sie die Eigentumsverhältnisse und die Managementstrukturen ständig ändern. Zweitens führen diese Kreise die Lieferketten zusammen, erlassen Zollvorschriften und sorgen dann dafür, dass der Handel sich in den Händen bestimmter Mitglieder ihrer Gruppe konzentriert. Drittens versuchen die herrschenden Gruppierungen, das politische Engagement vieler Händler gegen ihre Regierungen einzuschränken, indem sie entweder unklare Besitzverhältnisse schaffen und/oder Schlüssel-Aktiva in den Basaren kontrollieren.

Entstehung des Basarhandels neuen Typs

Ein im Ansatz kapitalistischer Kleinhandel entstand in den 1990er Jahren als Überlebensstrategie und Ersatz

für die Großunternehmen der Sowjetzeit, die den Übergang zur Marktwirtschaft nicht geschafft hatten. Neue Handlungspunkte verschiedener Größe und Struktur versorgten die Verbraucher mit dringend benötigten Waren. Anfangs konzentrierten sie sich entlang der Gehwege, in Stadtparks und auf den alten Kolchos-Marktanlagen. Später wuchs dann die Zahl privater Händler (russ. tschelnoki), darunter viele Frauen, die umherreisten, um Waren möglichst günstig ein- und dann zuhause mit Gewinn zu verkaufen. Sie knüpften zunächst Handelsbeziehungen in bekannte Orte wie Istanbul, Karatschi, Urumschi oder Dubai. In der Türkei war Istanbul Laleli-Bezirk zu Beginn der 1990er Jahre das Zentrum dieser Form des Kleinhandels zehntausender russischer, osteuropäischer und zentralasiatischer Unternehmer. Zumindest zu Beginn waren die Kleinhändler auf Kredite angewiesen und der Handel funktionierte über informelle Verträge, die durch persönliche Netzwerke abgesichert waren. Dieses scheinbar planlose, informelle und riskante System des Handels boomte im Laufe der 1990er Jahre und wurde zu einem Geschäft mit einem Umsatz von mehreren Milliarden US-Dollar.

Außerdem eröffneten findige und gut vernetzte Unternehmer größere Märkte. Der Dordoj-Basar in Bischkek, 1992 von einer kirgisischen Familie aus der politischen Elite gegründet, wurde mit seinem Gittermuster aus Tausenden von Schiffscontainern schnell zum Vorbild für andere Großmärkte. So übernahmen die Basare Baracholka in Almaty und Karasuu in Osh das Erfolgskonzept des Dordoj und wurden zu führenden Drehkreuzen im regionalen und internationalen Handel. Kirgistan entwickelte sich zu einer regionalen Verbindungsachse im internationalen Handel, hauptsächlich dank chinesischer Importe. Der Dordoj avancierte zum Hauptumschlagplatz für alle Basare in der Region und beschäftigt inzwischen mehr als 50.000 Menschen in rund 40.000 Läden, von denen 80 % im Großhandel tätig sind.

Neue Player

Nach 1995 entwickelten sich viele Basare zu bedeutenden wirtschaftlichen Playern. Mit der steigenden Bedeutung der Eigentumpolitik sahen sich die frühen Pioniere des Basargeschäfts plötzlich mit neuen, starken Rivalen konfrontiert. Die Verwaltung eines Basars erfordert Insiderkenntnisse und Protektion von höhergestellten Interessengruppen, denn die Gestaltung der Raumzuteilung und der Eigentumsverhältnisse ist Sache der örtlichen Behörden. Die Akteure der Oberschicht änderten dafür die Regeln des Verteilungssystems und nutzten vor allem zwei Taktiken: entweder den Umzug eines Basars an einen anderen Ort oder seinen Neubau am selben Platz wie bisher, aber mit mehr Einheiten auf einer streng geplanten und kontrollierten Fläche. Intransparente bürokratische Auflagen, die Erhöhung der Miet- und Verwaltungskosten und, wenn nötig, rohe Polizeigewalt stellten weitere Methoden dar. Einflussreiche Kreise lenkten und trieben mit Hilfe von Behörden und Rechtsorganen die Basarhändler an neue Standorte.

Die Finanzkrise in Russland 1998 brachte zudem den Kleinhandel fast völlig zum Erliegen. Im Laleli-Bezirk Istanbuls beispielsweise fiel der Jahresumsatz von rund 9 Mrd. US-Dollar Mitte der 1990er Jahre auf 3 Mrd. im Jahr 2001. Ein noch dramatischerer Wandel vollzog sich durch die Einführung neuer Vertriebskanäle sowie strengerer Zollgesetze. Die Regierungen in Russland und Zentralasien begrenzten das zulässige Gewicht des Reisegepäcks durch neue Zölle und Auflagen.

Eine weitere Phase der Neuverteilung der Besitzstände fiel mit dem Wachstum des Einzel- und Großhandelsgeschäfts Anfang des 21. Jahrhunderts zusammen. Private Gruppeninteressen gewannen immer größeren Einfluss auf die Einzel- und Großhandelsplätze, einschließlich der Einkaufszentren. In Kasachstan entstanden vielfältige Eigentumsverhältnisse, die unter anderem die Position der Akteure aus der Oberschicht verbesserten, was mit wirtschaftlichem Wachstum und Bodenspekulation in allen Großstädten einherging. In Usbekistan wurden Kapitalgesellschaften dazwischengeschaltet, um die Eigentumsverhältnisse neu zu ordnen und die Gewinne unter den Anteilseignern neu zu verteilen. Häufig gegen den Widerstand der Händler wurden alte Großmärkte saniert und erweitert, ihnen wurde ein modernes Erscheinungsbild verpasst, was den örtlichen Verwaltungen und Unternehmern höhere Mieteinnahmen sicherte.

Zu Beginn des 21. Jahrhunderts schränkten Importgeschäfte über leistungsfähigere Vertriebskanäle den Umfang des informell organisierten Kleinhandels ein und erfüllten die Nachfrage der Konsumenten nach einem großen Warenangebot. Plötzlich gab es nur noch einige wenige »Türsteher« im Export-Import-Geschäft,

die dank geheimer Absprachen mit staatlichen Partnern zu Schlüsselakteuren wurden. In Kirgistan begann dieser Prozess bereits unter Präsident Akajew. Sein Nachfolger Bakijew ging weiter und übernahm nach und nach die Kontrolle über alle entscheidenden Sektoren, indem er Familienmitglieder und Vertrauenspersonen auf die wichtigsten Entscheidungspositionen berief. Den internationalen Handel und das Importgeschäft kontrollieren wenige Handelskonzerne. In Usbekistan sind die Basare extrem zersplittert und werden von den kommunalen Behörden kontrolliert. Der internationale Handel wird indes von ein paar auf diese Branche spezialisierten Oligarchen beherrscht. Kasachstan verfügt über eine verhältnismäßig flexible Marktstruktur, in der kleine und mittlere Unternehmen entstehen und wachsen können; allerdings sind auch dort ähnliche Monopolisierungstendenzen erkennbar.

Um 2005 herum fand neben der Einführung neuer Zollvorschriften eine starke Konsolidierung der Lieferketten statt, die die Macht über den Handel in die Hände weniger begünstigter Gruppenmitglieder lenkte. Einerseits erleichterte das den Händlern die Warenbeschaffung, andererseits schränkte es aber ihre Möglichkeiten und Freiheiten in der Gestaltung von Sortiment und Preisen ein. Vor allem aber rückte diese Entwicklung die Großmärkte von der Peripherie ins Zentrum der neuen Marktwirtschaft.

Basare und kriminelle Strukturen

Die Rolle der Unterwelt in den Basaren kann man an Streitigkeiten innerhalb des Handelsgeschäfts in Kirgistan erkennen. Die Ermordung einiger ihrer Schlüsselfiguren in den letzten Jahren sowie die »Revolutionen« von 2005 und 2010 warfen ein Schlaglicht auf die Aktivitäten illegaler Gruppen. Nach dem Sturz von Präsident Askar Akajew 2005 fand ein Machtkampf zwischen verschiedenen Interessengruppen statt, große Unternehmensanteile wechselten im Rahmen eines vom neuen Präsidenten Kurmanbek Bakijew und seinen Unterstützern neu gestalteten Umverteilungssystems den Besitzer. Die Ermordung des Parlamentsabgeordneten Tynytschbek Akmatbajew im Oktober 2005 führte zu Spannungen zwischen mehreren Gruppierungen. Die Ereignisse nach dem Abgeordneten-Mord beleuchten die verwickelten Verbindungen zwischen der Legislative und autonomen Verbrechersyndikaten im politischen System. So galt Tynytschbek Akmatbajews Bruder Ryspek als Anführer des größten Verbrechersyndikats des Landes und wurde des mehrfachen Mordes bezichtigt, besaß jedoch einen starken politischen und gesellschaftlichen Rückhalt bei der Bevölkerung des Gebiets Issyk-Kul. Er stellte 2005/2006 wohl eine größere Bedrohung für das Bakijew-Regime dar als alle politischen Oppositions-

gruppen zusammen. Im Mai 2006 wurde auch er Opfer eines als politisch motiviert geltenden Mords, der tagelange Proteste der Bevölkerung nach sich zog. Zuvor, im September 2005, war bereits Bajaman Erkinbajew, ehemaliger Besitzer des Karasuu-Basars und mutmaßlicher Finanzier des Volksaufstandes, der zu Akajews Rücktritt führte, erschossen worden. Brutales Vorgehen und wirtschaftliche Säuberungsaktionen gegen rivalisierende Gruppen konnten Bakijews Herrschaft allerdings nicht langfristig sichern: Im April 2010 wurde auch er von einem Volksaufstand hinweggefegt. Mit großer Wahrscheinlichkeit waren Unterstützer Bakijews, insbesondere sein Sohn Maksim, einige Monate später an der Organisation der ethnischen Unruhen im Süden beteiligt, um ihre Gegner zu bestrafen. Während dieser Revolte attackierten Randalierer fast alle Unternehmen und Basare in Osch.

In Usbekistan klagen die Unternehmer auf den Basaren trotz wesentlich kleiner angelegter Modernisierungsmaßnahmen als in Kasachstan ebenfalls über Sanierungs- und Umbauaktivitäten, die den Handel unterbrechen und die Mieten immer weiter in die Höhe treiben. Kommunale Beamte und Gouverneure kontrollieren gemeinsam mit ihren Geschäftspartnern die Basare mithilfe komplexer Eigentumsstrukturen. Wie diese Partnerschaften genau strukturiert sind, wie die Anteile verteilt und welche Einnahmen erzielt werden, ist von Außen nicht zu erkennen. Im Unterschied zu Kirgistan und Kasachstan gibt es in Usbekistan, abgesehen von vagen Gerüchten, keine alternative Informationsquellen zu den von der Regierung kontrollierten Medien. Sowohl die Zentralregierung als auch die lokale Verwaltung berufen sich auf ihre Pflicht, für Ordnung zu sorgen, tatsächlich scheint ihre Priorität aber darin zu liegen, Geld aus den Taschen der Basarhändler zu ziehen.

Basare als Ort politischer Aktivität

Historisch betrachtet stellen Basare einen zentralen Ort für politische Aktivitäten dar. Daher versuchten die Herrschenden zu allen Zeiten, durch Kontrolle über die wichtigsten Vermögenswerte der Basare Unwägbarkeiten und Unsicherheit zu erzeugen, um so ein mögliches politisches Engagement der Händler einzudämmen. Die räumliche Konzentration wirtschaftlicher Interessen in den Basaren führt meist unweigerlich auch zu einer gemeinsamen Identität und zur Solidarität unter den Geschäftseigentümern. Basarhändler haben lange Zeit eine stabile Gesellschaftsschicht gebildet. Im Laufe der Geschichte wurden sie in Zeiten wirtschaftlichen Niedergangs und Mangels häufig als Schuldige betrachtet. Die Armen in den Städten plünderten regelmäßig die Basare. Allerdings stifteten auch die Händler ihrerseits gelegentlich Unruhe und ließen ihrer politischen und

wirtschaftlichen Unzufriedenheit freien Lauf. Große Basare übten entscheidenden Einfluss auf die Politik und die Verteilung wirtschaftlicher Privilegien aus. Die Artikulation gegenläufiger geschäftlicher und politischer Interessen in den Basaren führte oft zu Konflikten mit der Zentralgewalt und heizte den Dissens weiter an. Aufstände und Revolten der Händler führten nicht nur zu politischer Instabilität, sondern brachten – wenn sie sich mit anderen gesellschaftlichen Kräften zusammenschlossen – auch Regierende zu Fall. Ein bekanntes Beispiel ist der Basar in Teheran, der bei der islamischen Revolution in Iran 1979 eine entscheidende Rolle spielte. Unter der neuen Herrschaft wurden die Koordinations- und Distributionsstellen des Basars dann allerdings hierarchisch durchorganisiert, was das Solidaritätsgefühl unter den Händlern verringerte. Der Wechsel von einer kooperativen zu einer strikt hierarchischen Ordnung schränkte die Fähigkeit des Teheraner Basars ein, gegen den Staat zu mobilisieren.

Auf den Basaren Zentralasiens zeigt sich bisher noch keine Solidarität oder kollektive Identität, wie sie für eine breite politische Mobilisierung notwendig wäre. Allerdings haben in Kirgistan die Basareigentümer und autonome Verbrechersyndikate Kleinhändler oder die marginalisierte Unterschicht gegen ihre Rivalen oder die Regierungen mobilisiert. In Usbekistan geht der Autoritarismus sehr tief. Meine Beobachtungen und Befragungen in den Basaren von Buchara, Samarkand und Taschkent ergaben, dass die sich verschlechternden wirtschaftlichen Bedingungen und die autoritäre Kontrolle die Händler dem Regime gefügig gemacht haben. Viele Händler klagen, dass neben der Polizei auch Zivilbeamte des Geheimdienstes auf den Basaren patrouillieren. Die Händler vermeiden daher jegliche regierungsfeindliche Äußerung und Aktivität, um sich Ärger zu ersparen. Ihr Schweigen beruht allerdings auf einem fragilen Waffenstillstand, der von Unmutsbekundungen unterbrochen wird. Tausende von Menschen, die mit ihren kleinen Einkommen aus dem Handel ihren Lebensunterhalt bestreiten, leben unter harten äußeren Bedingungen wirtschaftlich am Rande der Gesellschaft. Ihr Ärger über die Regierungsdekrete und -vorschriften, die ihre wirtschaftliche Freiheit beschränken, entlädt sich gelegentlich in spontanen Zusammenstößen mit den Behörden.

Im Jahr 2004 kamen bei einem solchen Gewaltausbruch Dutzende Menschen ums Leben, als Händler auf Taschkents größtem Basar, dem Tschorsu-Basar, mit der Polizei aneinandergerieten. Diese gewaltsamen Proteste waren eine Antwort auf neue Regierungsvorschriften für den Privathandel und Import-Export-Geschäfte, die noch mehr Steuern und Abgaben aus den Händlern herauspressen sollten. Zu ähnlichen spontanen Protes-

ten gegen Regierungsaufgaben kam es auf den Basaren in Kokand, Buchara und Samarkand. Der größte Gewaltausbruch fand im Mai 2005 statt, als Tausende Händler und ihre Familien sich im usbekischen Andischan mit Gleichgesinnten vor Ort zum Protest gegen die Regierung zusammenschlossen. Sie forderten die Freilassung von rund zwei Dutzend Geschäftsleuten, die für ihre angeblichen Verbindungen zu radikal islamischen Gruppen verhaftet worden waren. Viele protestierten im Grunde gegen schlechte Lebensbedingungen und Beschränkungen, die ihnen Zoll- und Steuerbeamte beim grenzüberschreitenden Handel auferlegten, insbesondere beim Geschäft mit dem Karasuu-Markt in Kirgistan, und die staatliche Willkür insgesamt. Diese Massendemonstration wurde von Sicherheitskräften brutal niedergeschlagen und führte zu einem Massaker an mehreren Hundert Zivilisten, darunter vielen Frauen und Kindern. Als Reaktion verstärkte Usbekistan sowohl seine Grenzsicherung als auch die Aufsicht über seine Basare.

Fazit

Im postsowjetischen Raum ist eine neue Form autoritärer Staaten und oligopolistischer Märkte entstanden. Nach einer frühen Phase informell organisierten

Kleinhandels in den 1990er Jahren, der staatlich nur in geringem Maße reguliert und reglementiert wurde, haben die Regierungen Verteilungssysteme geschaffen, die Besitz und Marktchancen nur noch top-down und kaum mehr bottom-up gewährleisten. Die Zuteilungsrunden unterscheiden sich jedoch von Land zu Land: Während Kasachstan wie Russland ein gewisses Maß an Flexibilität zeigt, haben die Regime Bakijew und Karimow die Monopolisierung der Distributionsmechanismen auf den Märkten auf staatlich kontrollierte Kreise stark vorangetrieben. Die Konsolidierung des Einflusses über die Basare war in Kirgistan mit einer starken Verquickung krimineller und politischer Strukturen verbunden. In Usbekistan versuchte der Staat die Kontrolle über die Basare nicht nur mit politischen Mitteln, sondern auch mit massiver Gewalt sicherzustellen. Gelegentliche Proteste der Bevölkerung, insbesondere der informell organisierten Kleinunternehmer und -händler gegen staatliche Repression und schlechte Lebensbedingungen, konnten dies nicht verhindern. Die Basare werden auch auf längere Sicht einerseits die autoritären Regime in den zentralasiatischen Staaten reflektieren, andererseits bedrohen.

Aus dem Englischen von Corina Alt

Über die Autorin:

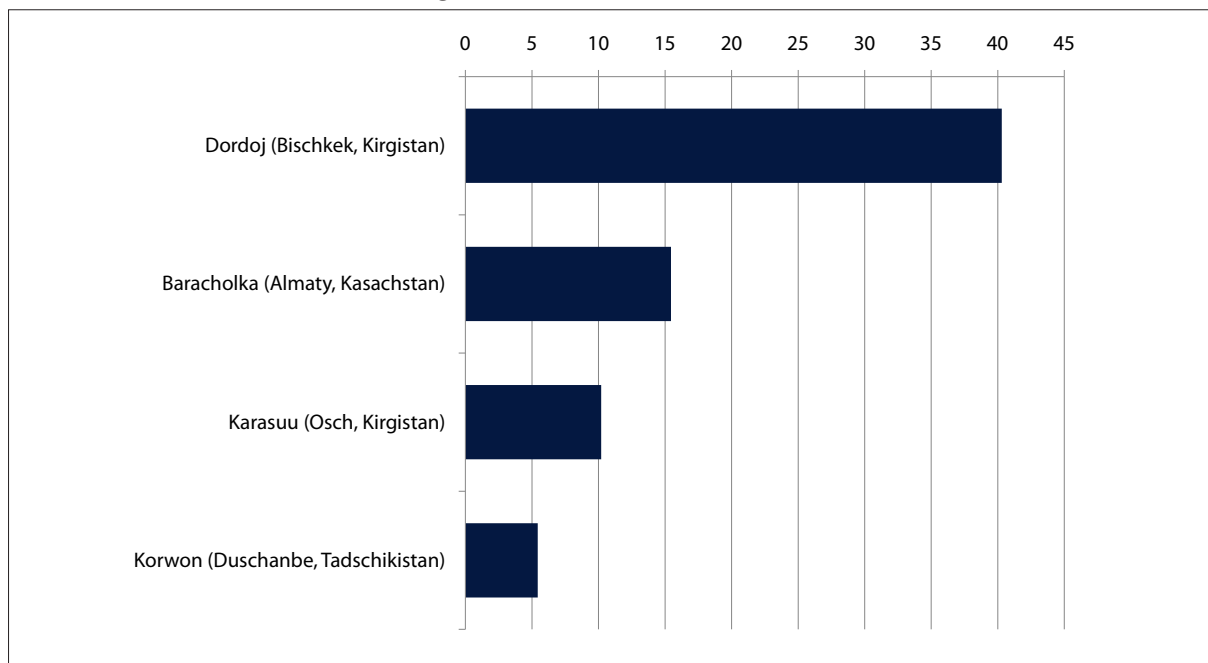
Gül Berna Özcan, PhD, ist Dozentin für International Business and Entrepreneurship am Royal-Holloway-College der Universität London. Sie schrieb mehrere Bücher und Artikel zur wirtschaftlichen Entwicklung, kleinen und mittleren Unternehmen, Unternehmergeist, Moral und Märkten sowie der marktwirtschaftlichen Transformation in der Türkei und in Zentralasien.

Lesetipp:

Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries, Weltbank, Mai 2009, <http://www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf>

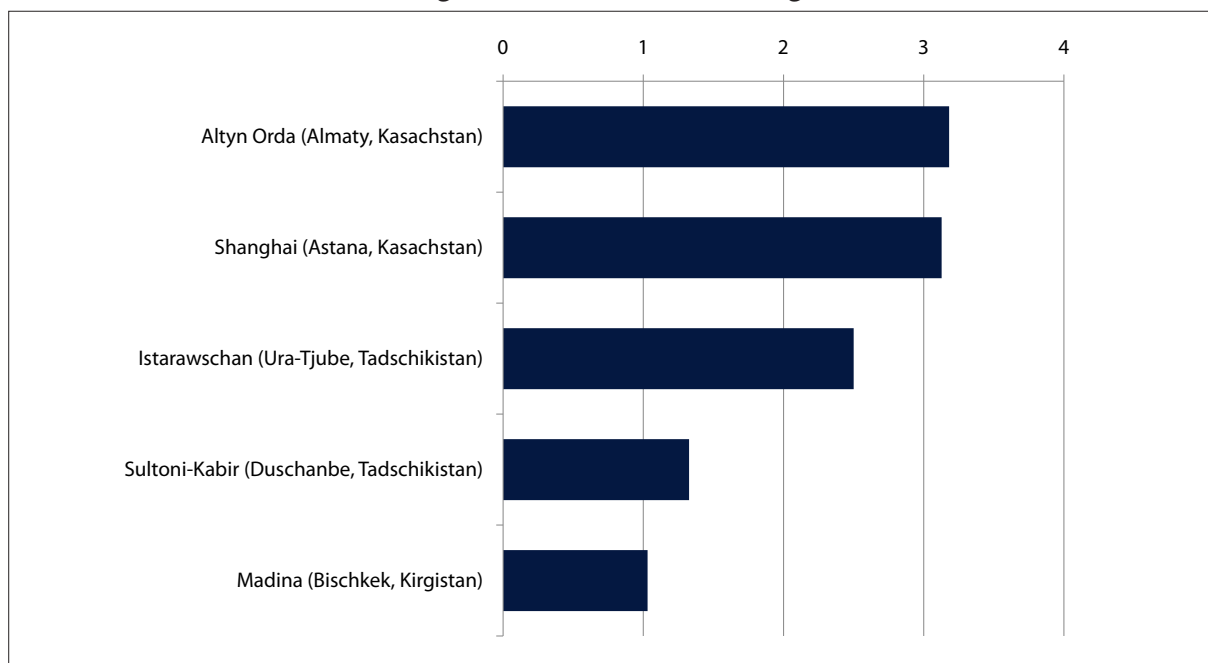
Die größten Basare in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan im Überblick

Grafik 1: Gesamtzahl der Ladengeschäfte (in Tausend) – Internationale Basare (2008)

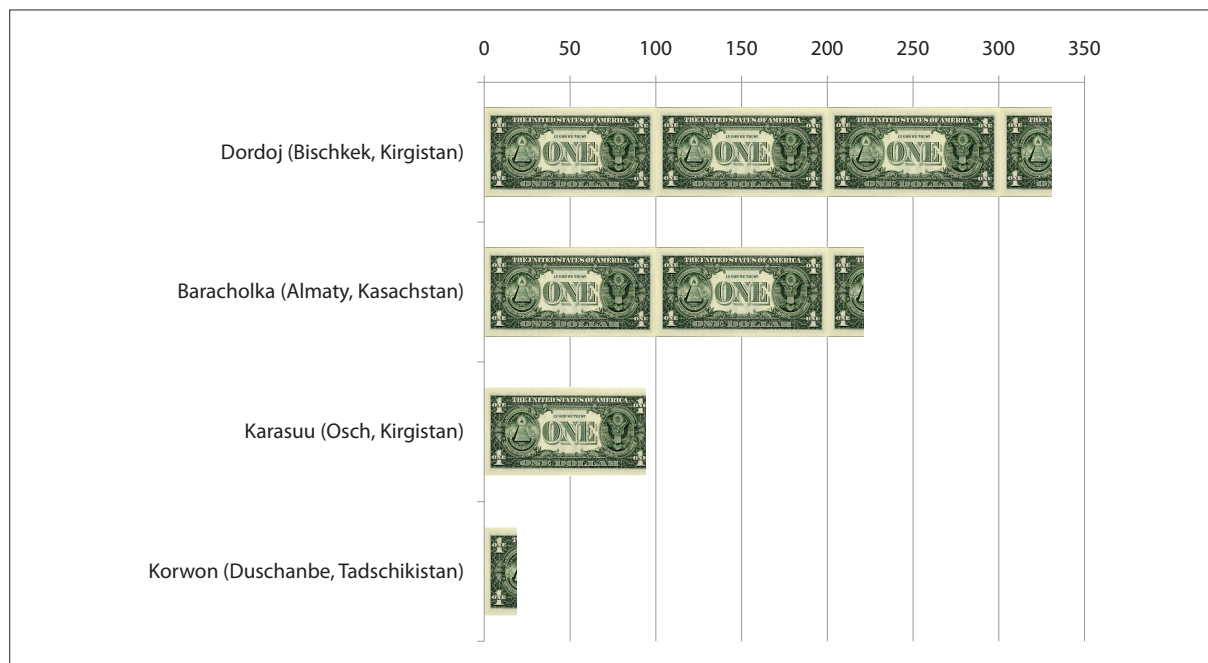


Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

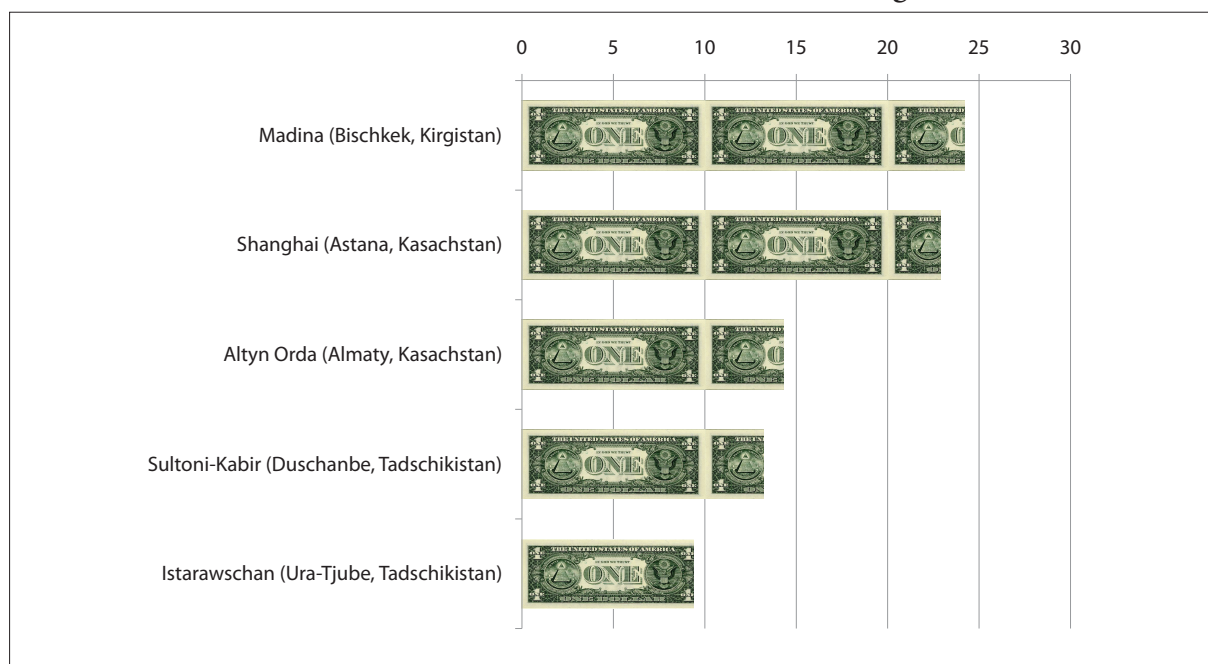
Grafik 2: Gesamtzahl der Ladengeschäfte (in Tausend) – Regionale Basare (2008)



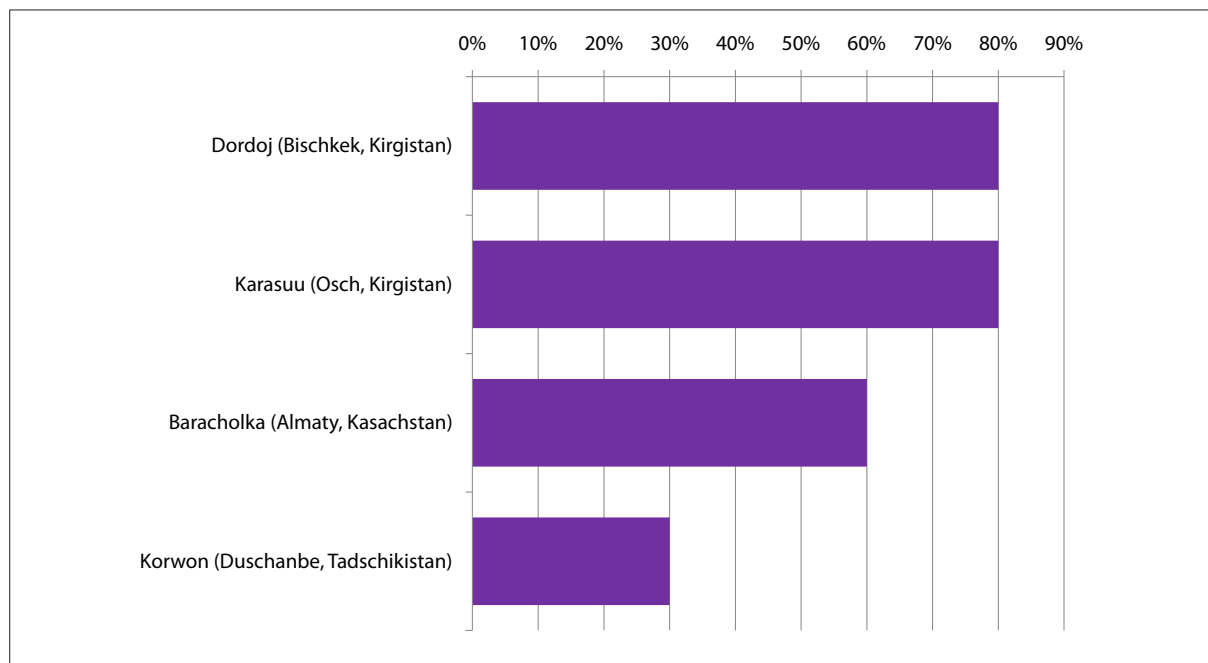
Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 3: Geschätzter monatlicher Umsatz (in Mio. US-Dollar) – Internationale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

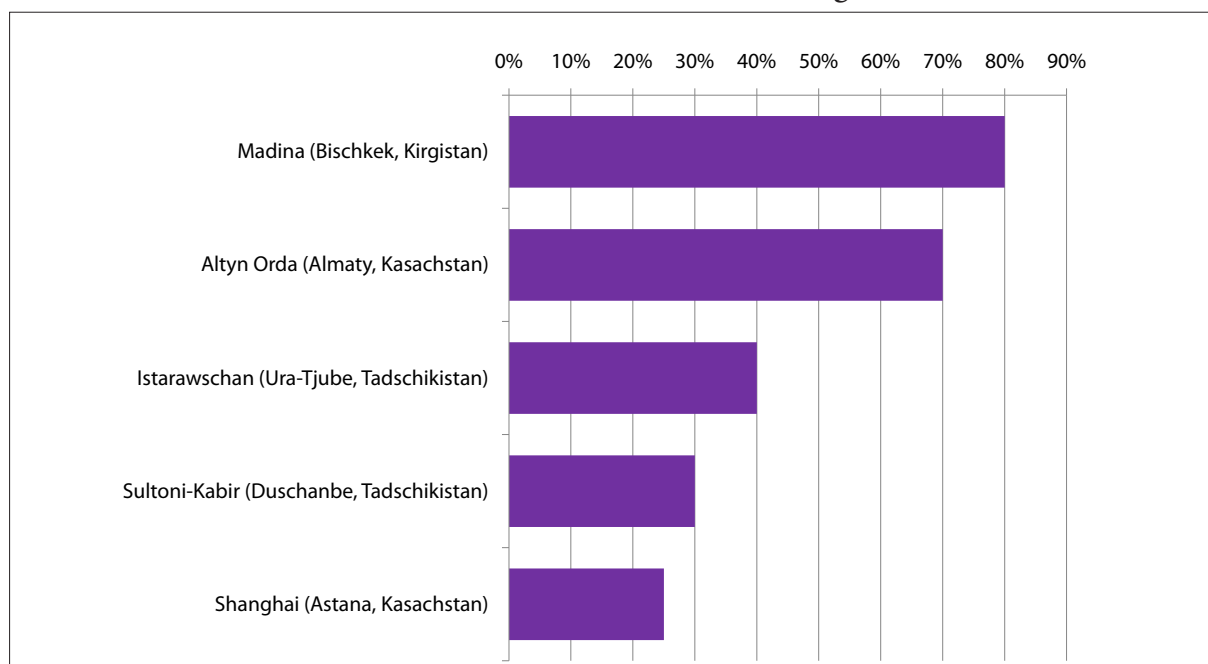
Grafik 4: Geschätzter monatlicher Umsatz (in Mio. US-Dollar) – Regionale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 5: Anteil des Großhandels am Umsatz (in Prozent) – Internationale Basare (2008)

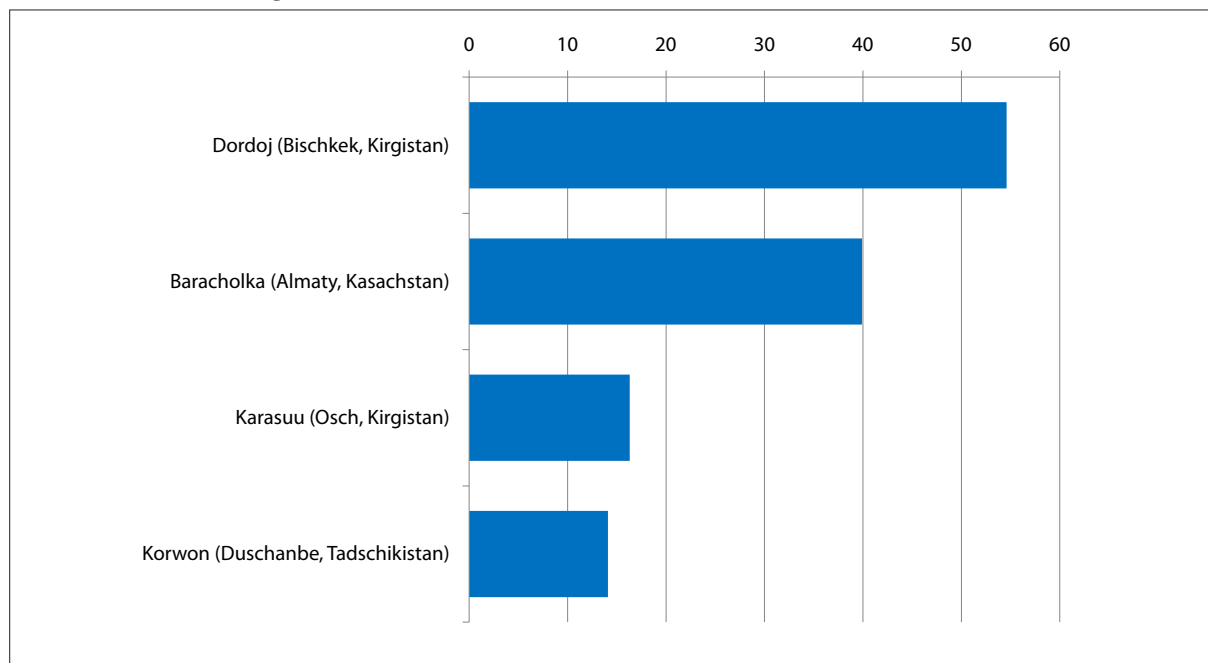
Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,

www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

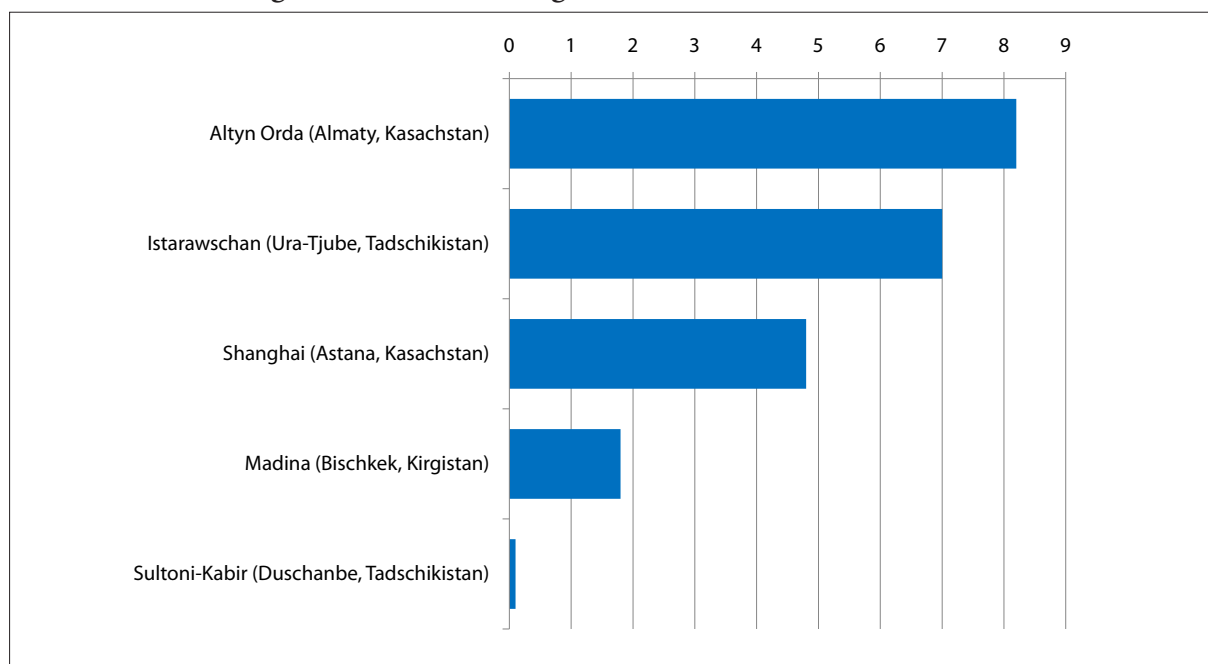
Grafik 6: Anteil des Großhandels am Umsatz (in Prozent) – Regionale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,

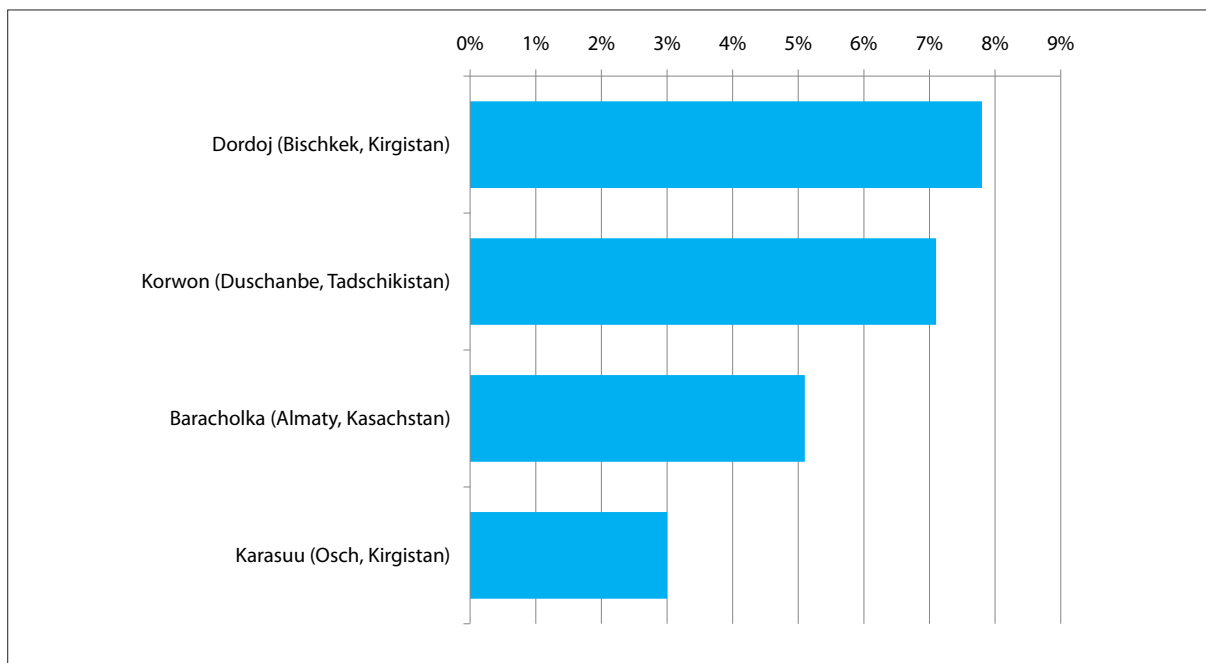
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 7: Beschäftigte (in Tausend) – Internationale Basare (2008)

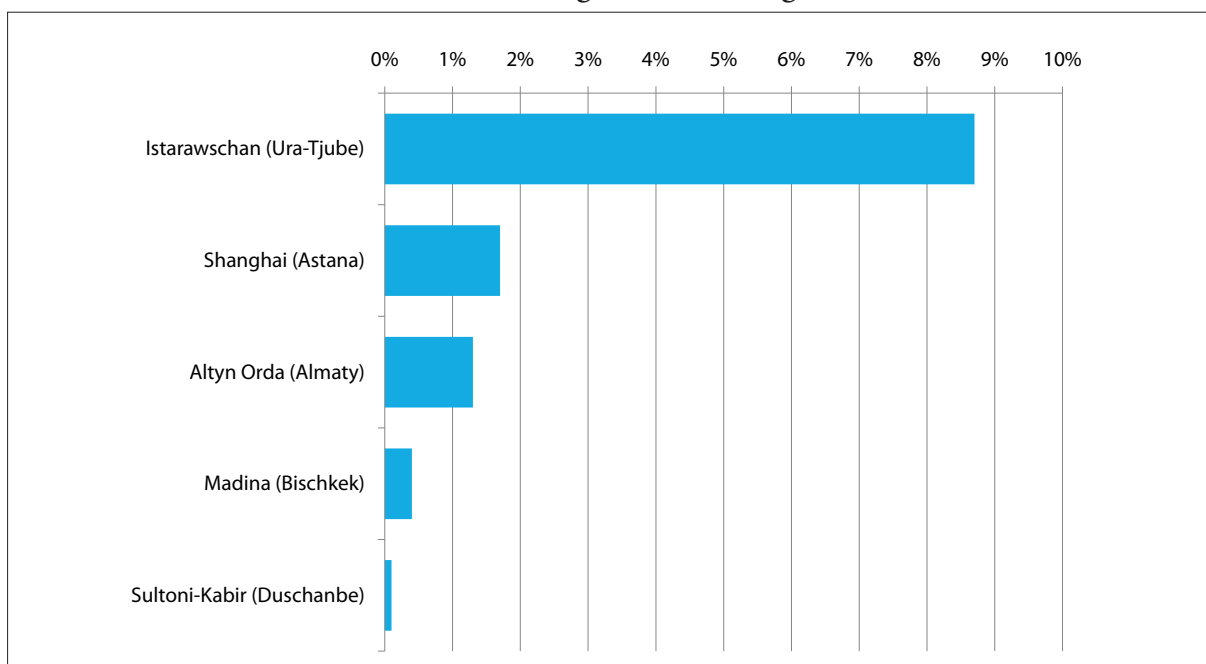
Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 8: Beschäftigte (in Tausend) – Regionale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 9: Anteil an den lokalen Erwerbstätigenzahlen – Internationale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Grafik 10: Anteil an den lokalen Erwerbstätigenzahlen – Regionale Basare (2008)

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,
www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Tabelle 1: Die größten Basare in Kasachstan, Kirgistan und Tadschikistan im Überblick (Erhebungszeitraum 2008)

	Gesamtzahl der Ladengeschäfte	Geschätzter monatlicher Umsatz (in Mio. US-Dollar)	Anteil des Großhandels am Umsatz (in Prozent)	Beschäftigte (in Tausend)	Anteil an den lokalen Erwerbstätigenzahlen (in Prozent)
<i>Internationale Basare</i>					
Dordoj (Bischkek, Kirgistan)	40.300	331	80	54,6	7,8
Baracholka (Almaty, Kasachstan)	15.450	221	60	39,9	5,1
Karasuu (Osch, Kirgistan)	10.200	94	80	16,3	3,0
Korwon (Duschanbe, Tadschikistan)	5.430	19	30	14,1	7,1
<i>Regionale Basare</i>					
Altyn Orda (Almaty, Kasachstan)	3.181	14,3	70	8,2	1,3
Istarawschan (Ura-Tjube, Tadschikistan)	2.500	9,4	40	7	8,7
Madina (Bischkek, Kirgistan)	1.030	24,2	80	1,8	0,4
Shanghai (Astana, Kasachstan)	3.127	22,9	25	4,8	1,7
Sultoni-Kabir (Duschanbe, Tadschikistan)	1.327	13,2	30	0,1	0,1

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*,

www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Tabelle 2: Wichtige Lieferländer für Basarwaren (2006)

	China		Türkei		Iran	
	Umfang der Importe (in Mio. US-Dollar)	Anteil an den Gesamtimporten von Basarwaren (in Prozent)	Umfang der Importe (in Mio. US-Dollar)	Anteil an den Gesamtimporten von Basarwaren (in Prozent)	Umfang der Importe (in Mio. US-Dollar)	Anteil an den Gesamtimporten von Basarwaren (in Prozent)
Kasachstan	3.170	65,1	152	3,1	28	0,6
Kirgistan	1.799	90,5	43	2,1	25	1,2
Tadschikistan	164	60,4	20	7,5	28	10,3
Usbekistan	78	24,4	40	12,3	24	7,5
<i>Zentralasien insgesamt</i>	<i>5.212</i>	<i>70</i>	<i>255</i>	<i>3,4</i>	<i>104</i>	<i>1,4</i>

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*;

www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Tabelle 3: Ausgaben von Basargeschäftsbesitzern (2008)

	Gesamte Fixkosten für alle Geschäfte (Verwaltungskosten, Löhne, Pacht, etc.) (in Mio. US-Dollar)	Löhne der Beschäftigten (in Mio. US-Dollar)	Pachtkosten (in Mio. US-Dollar)	Offizielle Basargebühren (in Mio. US-Dollar)	Informelle Basargebühren (in Mio. US-Dollar)
<i>Internationale Basare</i>					
Baracholka (Almaty, Kasachstan)	314,7	57	66,5	49,8	141,4
Dordoi (Bischkek, Kirgistan)	855,7	252,6	540,4	62,7	0
Karasuu (Osch, Kirgistan)	123,9	44,4	35,2	31,7	44,3
Korwon (Duschanbe, Tadschikistan)	20,6	7,3	3,9	1,9	7,5
<i>Regionale Basare</i>					
Altyn Orda (Almaty, Kasachstan)	29,5	19,3	5,8	4,4	0
Istarawschan (Ura-Tjube, Tadschikistan)	4	2,7	0,3	1	0
Madina (Bischkek, Kirgistan)	7,4	3,4	2	1,3	0,6
Shanghai (Astana, Kasachstan)	31,5	23,7	7,6	0,2	0
Sultoni-Kabir (Duschanbe, Tadschikistan)	5,2	1,8	0,3	0,9	2,1

Quelle: ADB, *Bazaars and Trade Integration in CAREC Countries*;

www.adb.org/Documents/Events/2009/10th-TPCC-Meeting/Bazaars-Trade-Integration-Paper.pdf

Keine Präsidentschafts-, sondern eine Nasarbajew-Wahl

Interview mit Wladimir Koslow

Am 3. April 2011 werden in Kasachstan kurzfristig anberaumte vorgezogene Präsidentschaftswahlen stattfinden. Dem vorausgegangen ist eine Initiative, in diesem Jahr ein Referendum zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten bis 2020 abzuhalten, die von der kasachstanischen Opposition wie westlichen Beobachtern kritisch bewertet wurde. Ende Januar hat der Verfassungsrat Kasachstans das Referendum für nicht verfassungsmäßig erklärt, kurz darauf wurde die Wahl anberaumt – die auch nur durch eine Verfassungsänderung möglich ist. Über die tatsächlichen Hintergründe sowohl für den Versuch eines Referendums, wie die vorgezogene Wahl, gibt es vielerlei Spekulationen.

Wladimir Koslow (50) ist Vorsitzender der Oppositionspartei Alga!. Die Partei wurde 2004 unter dem Namen »Volkspartei Demokratische Wahl Kasachstans« (NP DWK) gegründet, 2005 änderte sie ihren Namen erst in Alga DWK!, dann in Alga!, ist aber seitdem nicht mehr registriert. Koslow hat nicht den Versuch unternommen, für die Wahlen zu kandidieren, nach eigener Aussage, weil seine Kenntnisse der kasachischen Sprache für ein Bestehen des obligatorischen Sprachtests nicht ausreichen.

Ganz unerwartet werden am 3. April in Kasachstan vorgezogene Präsidentschaftswahlen stattfinden, mehr als anderthalb Jahre vor dem regulären Wahltermin. Was halten Sie davon, und wie ist es nach Ihrer Meinung zu erklären?

Die Bedingungen, unter denen die Wahlen stattfinden, mit so wenig Zeit zur Vorbereitung, sind einer so wichtigen Position nicht angemessen. Der Hintergedanke Nursultan Nasarbajews ist der gleiche, der ihn bewogen hatte, ein Referendum zu initiieren: Er will an der Macht bleiben. So wie die Wahlen jetzt stattfinden, bieten sie keine tatsächliche Alternative.

Offiziell wurde für die vorgezogenen Wahlen kein Grund angegeben. In der Regel gibt es Neuwahlen bei Krisen oder in politischen Notsituationen. Die Entscheidung legt nahe, dass Nasarbajew glaubt, nicht bis zum regulären Zeitpunkt der Präsidentschaftswahlen warten zu können. Vermutlich weil es für ihn im nächsten Jahr schwerer werden könnte, Wahlen zu gewinnen. Die Protestbereitschaft im Land wächst, die Menschen, die durch die Bankenpleiten in Kasachstan Geld verloren haben, finden ihre Stimme, die Ölarbeiter im Westen streiken. Hinzu kommen die Ereignisse in Ägypten, wo ein 30 Jahre altes Regime gestürzt wurde. Das sind alles beunruhigende Zeichen. Und deshalb will der Präsident sich jetzt sein Amt sichern, mit Hilfe dieser Wahlen, die Nasarbajew-Wahlen sind, aber keine echten Präsidentschaftswahlen. Kein Mensch kann Wahlen ernst nehmen, wenn Gegenkandidaten schon im Vorfeld verkünden, dass sie gar nicht Präsident werden wollen.

Sie erwähnten gerade Ägypten. Welchen Einfluss hatten die Ereignisse in Tunesien und Ägypten auf die Entscheidung vorzeitige Wahlen abzuhalten?

Als die Diskussion um das Referendum aufkam, war die Situation im Nahen Osten noch nicht so angespannt. Ich bin aber sicher, dass die Entwicklungen dort die Entscheidung für Neuwahlen beeinflusst haben. Es gibt ganz klare Analogien: eine schwierige wirtschaftliche Situation, viele Leute leben unter der Armutsgrenze, aber auch einen Präsidenten, der formal mit mehr als 90 % der Stimmen gewählt wurde und schon sehr lange im Amt ist. Nasarbajew hat sicher verstanden, dass das gleiche auch hier passieren kann, wenn bestimmte Umstände zusammen kommen. In Tunesien oder Ägypten hat es ja auch niemand erwartet. Deshalb sollte das eine Warnung für uns sein.

Vor der Entscheidung für Neuwahlen wurde wochenlang ein Referendum zur Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten propagiert. Was steckte dahinter?

Zum einen verschlechtert sich, wie erwähnt, die wirtschaftliche Lage und die Leute werden unzufriedener, zum anderen gelten in Kasachstan nicht Gesetze, sondern die Anweisungen der Führung. Sie entscheidet, was wie gemacht wird. Bei uns kann man sich nicht auf Gesetze verlassen, sondern entscheidend ist das Urteil des Regimes.

Unter diesen Bedingungen passiert folgendes: Regionale Eliten können durch Korruption viel Geld verdienen. Aber dieses Geld ist durch das Gesetz nicht geschützt, es bleibt den regionalen Eliten nur, selbst in die oberste Liga der Macht vorzudringen, zu denen, die den eigenen Reichtum angreifen könnten. Wenn Du nicht selber dazu gehörst, kann Dich jederzeit jemand von oben ins Gefängnis bringen und Dein Geld an sich nehmen. Also musst Du, um

Dein Geld zu schützen. selbst an die Macht streben. Aber das kann nicht gelingen, weil um den Präsidenten seine Gefolgschaft steht. Dort gibt es seit zehn Jahren keinen neuen Namen, das ist ein ständiges Karussell aus immer den gleichen Leuten. Das heißt für die wachsende Wirtschaftselite, dass sie zwar ihren Einflussbereich ausbauen, sich aber nicht schützen und nicht in die obersten Etagen der Macht vordringen kann. Das ist ein Konflikt! Und innerhalb der Eliten entwickelt sich eine Eigendynamik.

Ich denke, der Präsident fürchtet, bis 2012 könnte sich diese Dynamik derart verselbständigen, dass die Wahlen für ihn sehr schwierig werden könnten. Er verliert ohnehin an Macht, er ist alt, krank, er kann niemandem mehr vertrauen, nicht mal der eigenen Familie, das ist so im Autoritarismus. Mit einem Referendum, mit dem er sich die Macht für zehn Jahre gesichert hätte, wollte er sich möglicherweise vor diesen Erschütterungen schützen. Er fürchtet die Eliten des eigenen Landes, die mithilfe der von ihm tolerierten Strukturen an Macht gewonnen haben und die dank des Clan-Systems auch die Zivilgesellschaft mobilisieren könnten.

Angeblich haben sich etwa fünf Millionen Kasachstaner, das sind knapp 50 % der wahlberechtigten Bürger Kasachstans, für ein Referendum ausgesprochen. Gegenstimmen waren aus der Bevölkerung so gut wie gar nicht zu hören. Haben die Bürger die versteckte Strategie der Führung nicht durchschaut?

Wir können nur im Rahmen dessen denken, was wir wissen. Die Führung hier sorgt seit 15 Jahren dafür, dass die Leute nur das erfahren, was sie zulässt. Diejenigen, die die Initiative für ein Referendum unterschrieben haben, haben nur einen Bruchteil der Informationen, an die wir hier in Almaty gelangen. Seit Mitte der 90er Jahre herrscht eine Informationsblockade. Damals wurden alle privaten Radio- und TV-Sender geschlossen oder gezwungen, mit großen Sendern zu fusionieren, die unbequeme Presse wird systematisch aus dem Weg geräumt. Die Menschen kennen nichts außer der Propaganda der Regierung.

Sie haben im vergangenen Jahr angekündigt, Präsident werden zu wollen, und wurden dafür stark kritisiert. Jetzt finden Wahlen statt, aber Sie kandidieren nicht. Warum nicht? Und glauben Sie, dass Sie als Russe überhaupt Wähler finden würden?

Ich bin Russe, aber ich habe eine kasachische Ehefrau und ich lerne Kasachisch, weil ich weiß, dass ich, um Präsident werden zu können, sehr gute Kasachischkenntnisse haben muss. 70 % der Mitglieder unserer Partei sind Kasachen – und sie haben mich zum Vorsitzenden gewählt. Unsere Partei ist ein Modell des kasachstanischen Staates im Kleinen, denn sie hat Vertreter aus allen Regionen und aller Nationalitäten. Wenn ich diese Partei erfolgreich organisiere, erwerbe ich also auch eine Expertise, um Kasachstan regieren zu können. Außerdem sind in Kasachstan 40 % der Bevölkerung Russen (nach offiziellen Angaben waren 2010 23 % der Bevölkerung Russen; E.S.). Die sehen heute keinerlei Perspektive, an der Politik teilzuhaben. De jure haben sie Möglichkeiten, aber de facto sehen wir, dass in staatlichen Organen Nichtkasachen nahezu nicht präsent sind.

Wenn ich als Präsident kandidiere, kann ich a) die Stimmen der russischsprachigen Bevölkerung bekommen, die für sich keine Perspektive im jetzigen System sieht, aber an eine mögliche Änderung glaubt, und b) die Stimmen der russisch sprechenden Kasachen, die innerhalb unseres Landes fast eine eigene »Nation« bilden. Denn sie werden von den kasachisch sprechenden Kasachen noch weniger geliebt als die Russen und sitzen zwischen allen Stühlen. Ich würde die kasachische Sprache nicht sofort als einzige Staatssprache einführen, sondern erst Bedingungen schaffen, damit die Leute die Sprache richtig lernen können. Das heißt, ich bin für einen schmerzlosen Übergang, ohne das Russische zu verlieren. Ich bin sicher, dass ich damit viele Stimmen gewinnen könnte. Dieses Vorhaben nimmt mir die jetzige Führung übel, denn sie sieht das genauso.

Was sind denn Ihre Alternativen zum jetzigen System?

Ich würde gerne vorübergehend Präsident werden, wie Rosa Otunbajewa in Kirgistan, um die jetzigen Machtstrukturen hin zum Parlamentarismus zu ändern und die Gesetze so, dass wirklich ehrliche Wahlen möglich werden und alle Parteien gleiche Rechte haben. Nur für diese Übergangszeit würde ich Präsident sein wollen. Sobald sich dann eine parlamentarische Regierung gebildet hätte, würde ich gehen.

In welchem Zustand ist allgemein die Opposition in Kasachstan?

Die Opposition in unserem Land ist schwach und gespalten. Lediglich drei Parteien von einem reichlichen Dutzend kann man als Opposition bezeichnen: die Kommunistische Partei (KPK), Asat-OSDP und Alga!. Die anderen, die von den hiesigen Medien als Oppositionsparteien bezeichnet werden, wie beispielsweise auch die Kommunistische

Volkspartei (KNPK), unterstützen den Präsidenten. Doch als Oppositionspartei strebt man an die Macht – um dann irgendwann auch wieder in die Opposition zu gehen. Ich bin ziemlich oft in Polen und sehe, wie oft dort die Regierung und die Oppositionsparteien wechseln. So muss das sein, nicht wie bei uns.

Und wie unterscheiden sich die wirklichen Oppositionsparteien voneinander?

In dem, was sie der jetzigen Regierung entgegensetzen. Unsere Partei Alga! und die Kommunistische Partei Kasachstans von Serikbolsyn Abdildin wollen das komplette Regime inklusive des Amtes des Präsidenten verändern. Wir sind der Meinung, dass das präsidentiale System komplett abgeschafft werden muss, denn so wie es bei uns angewandt wird, ist das Ergebnis Autoritarismus. Selbst Kirgistan ist uns weit voraus seit dort eine parlamentarische Demokratie eingerichtet wurde und man die Vollmachten des Präsidenten eingeschränkt hat.

Die Partei Asat-OSDP kritisiert dagegen zwar die bestehenden Machtstrukturen, allerdings nur bis auf ein Niveau unterhalb des Präsidenten. Womöglich sind die Machthaber dazu bereit, jemand anderen zuzulassen, nicht aber, den Platz komplett zu räumen. Wir fordern einen Systemwechsel, die anderen dagegen wollen das bestehende Machtssystem nutzen. Diese beiden Positionen sind so unterschiedlich, dass es schwer ist, sich zusammenzuschließen. Wenn wir darüber reden, die Regierungsform zu ändern, zum Beispiel in eine parlamentarische Demokratie, dann lehnen wir auch jegliche persönliche Ambitionen ab, Nasarbajew zu beerben. Asat-OSDP tendiert eher dazu, das bestehende System zu bewahren und sich darin einzurichten.

Ihre Ideen finden wenig Widerhall in der Bevölkerung. Warum ist es für die Gesellschaft in Kasachstan so schwer, sich Veränderungen zu öffnen und diese auch umzusetzen?

An erster Stelle muss man hier die Angst nennen. Es gibt zwar Oppositionsmedien, die über Demonstrationen, Eingriffe der Polizei, über die Leute aus der Opposition schreiben. Die Regierung beginnt jedoch, genau diese Leute zu verfolgen, damit es keine weiteren Proteste gibt. Die offiziellen Medien berichten dann über die Gerichtsprozesse, Verhöre, Strafverfahren. So verstehen die Normalbürger, wenn ich etwas Kritisches sage, dann wird es mir genauso ergehen, dann muss ich ins Gefängnis oder Schlimmeres. Diese Art von Informationen wird von offiziellen Medien verbreitet, um die Leute einzuschüchtern. Außerdem gibt es die regionalen Verwaltungen, deren Chefs wie Zaren herrschen, sie entscheiden, wer Kohle zum Heizen bekommt und wer nicht oder welche allein erziehende Mutter staatlich unterstützt wird. Wir fahren oft in die Regionen und aufs Land. Mich entsetzt jedes Mal wieder, dass so etwas möglich ist.

Was können Sie denn tun, um etwas zu ändern, um die Gesellschaft in Kasachstan stärker zu politisieren?

Unsere Partei hat ein Projekt, das nennt sich »narodnyj deputat« – Volksvertreter. Dabei helfen nicht Abgeordnete des Parlaments, sondern Vertreter auf lokaler Ebene den Menschen bei der Lösung ganz alltäglicher Probleme. Wenn es durchs Dach regnet, wenn die Heizung, eine Pumpe oder ein Brunnen nicht funktioniert, wenn kein Bus ins Dorf kommt. Wir entscheiden nichts für die Betroffenen, aber wir helfen ihnen juristisch und begleiten sie, bis das Problem gelöst ist. Und so lernen die Leute, dass Probleme lösbar sind und sie selbst dazu in der Lage, sie zu lösen. So wird jeder dieser Menschen ein Botschafter dafür, dass die vom Regime vorgegebene Denkweise nicht die einzig mögliche ist.

Das Regime redet uns ein, du kannst sowieso nichts ändern, du bist alleine völlig machtlos, man braucht gar nicht erst zu versuchen, etwas zu ändern, weil man nichts ändern kann. Aber wenn jemand mit uns durch einen solchen Lösungsprozess geht, dann sieht er, ja, ich selber habe Einfluss auf den Gang der Dinge.

In Kasachstan spielt die Clan-Zugehörigkeit nach wie vor eine große Rolle, auch in der Politik. Wie gehen Sie damit um?

Man muss das Clan-System studieren, um es zu vermeiden. Kasachen könnten gerade deshalb für mich stimmen, weil ich kein Kasache und deshalb unabhängig von diesem Denken bin. Die Clans muss man aus der Politik in die Kultur und Geschichte verlagern und man muss die Kasachen ansprechen, die genauso denken. Es gibt genug Kasachen, die wissen, dass Clans keine politische Erscheinungsform sind.

Aber Korruption ist bei uns eine Staatsform, die es auf allen Ebenen und Strukturen gibt. Das heißt, es gilt das Diktat der Gefolgschaft vor Leistung und Qualifikation. Wer sich auf Bestechungsgelder einlässt, als jemand, der sie zahlt oder nimmt, zeigt seine Bereitschaft, sich genau darauf einzulassen. Die Clans funktionieren also nur durch Absprachen zur Korruption. Und wenn wir die Korruption in den staatlichen Strukturen beseitigen, dann sind die Clans auch in der Politik Geschichte.

Es gibt jede Menge gebildete Kasachen, die sich ganz offen gegen die Clan-Wirtschaft aussprechen. Das auf Clans basierende Modell unterstützen vor allem ungebildete Leute, die keinen Zugang zu unabhängigen Informationen haben. Den Gebildeten jedoch ist völlig klar, dass man die Clans aus der Politik raushalten muss, nicht aus Kasachstan, aber aus der Politik.

Zur Politisierung der Gesellschaft gehört auch die freie Meinungsäußerung. Wie schätzen Sie die Bereitschaft der Kasachstaner ein, sich öffentlich kritisch zu politischen Themen wie zum Beispiel zur Frage der Wiederwahl des Präsidenten zu äußern?

Bei uns gibt es zwei Arten, sich zu äußern, im echten Leben und im Internet. Radio Asattyk (das kasachischsprachige Programm von Radio Free Europe/Radio Liberty, E.S.) hat auf seiner Website eine anonyme Abstimmung zum Referendum gemacht, 81 % waren dagegen. In der Anonymität des Internets fühlten sich die Leute sicher. Wenn alle Menschen in Kasachstan dieses Gefühl hätten, dann würden sich sehr viele gegen ein Referendum und gegen eine weitere Präsidentschaft Nasarbajews aussprechen.

Die fünf Millionen, die die Initiative für das Referendum unterschrieben haben, waren entweder überzeugt, dass sie sowieso nichts ändern können oder sie haben negative Konsequenzen gefürchtet, wenn sie nicht unterschreiben. Ich bin überzeugt, dass es mit rechtmäßigen Mitteln nicht möglich war, in so kurzer Zeit so viele Unterschriften zu sammeln.

Und dann gibt es die, die sich ganz offen negativ äußern, wie diejenigen, die die Online-Petition von Bachytschan Toregoschina gegen das Referendum unterschrieben haben. Das sind wahre Helden, denn sie haben öffentlich ihren Namen genannt, obwohl sie wissen, dass das sehr gefährlich ist.

Die Regierungen der zentralasiatischen Staaten erklären Maßnahmen, die politische Freiheiten einschränken, immer wieder mit einer Bedrohung der inneren Stabilität. Für wie wahrscheinlich halten Sie in Kasachstan einen Umsturz wie in Kirgistan?

Hier ist das in absehbarer Zeit nicht möglich, weil unser Land sehr viel größer ist und es hier viel schwerer ist, Informationen zu verbreiten. Schon unter Präsident Askar Akajew konnten sich in Kirgistan sehr viel mehr unabhängige Medien entwickeln. Außerdem gibt es bei uns drei Clans plus den sehr großen nichtkasachischen Teil der Bevölkerung, das dividiert die Menschen auseinander, sie bilden keine gemeinsame Identität. In Kirgistan gibt es lediglich die Spaltung zwischen Norden und Süden. Außerdem lebt dort ein Großteil der Bevölkerung viel schlechter als hier in Kasachstan. Für sie war es leichter, sich zu erheben, denn sie haben viel weniger zu verlieren. In Kasachstan lebt lediglich die Landbevölkerung unter sehr schlechten Bedingungen, in den Städten herrscht eher Wohlstand. Zudem sind die Sicherheitsorgane in Kasachstan sehr viel stärker, sie werden besser bezahlt und können außerdem ein entwickeltes Korruptionssystem nutzen. In Kirgistan haben die Sicherheitsorgane zwar auch eine herausragende Stellung, aber dort ist weit weniger Geld zu holen.

In Kirgistan hat sich die Zivilgesellschaft in den letzten Jahren stärker entwickelt. Selbst die staatlichen Organe, wie beispielsweise das Verfassungsgericht, arbeiten unabhängig. Bei uns gibt es gar kein Verfassungsgericht, an das sich jeder normale Bürger wenden könnte, um Gesetze überprüfen zu lassen und gegebenenfalls zu kippen. An den kasachstanischen Verfassungsrat können sich lediglich Gerichte, Parlamentarier oder der Präsident selbst wenden, aber nicht einzelne Bürger. Und er hat kein Entscheidungsrecht, sondern berät lediglich. Der Sturz Kurmanbek Bakijews im letzten Jahr fand unter gänzlich anderen Voraussetzungen statt, die kirgisische Gesellschaft war in Sachen Bürgerrechte und Freiheit schon viel weiter entwickelt. Da war die Bevölkerung leichter zu mobilisieren.

Und zu guter Letzt natürlich noch die Frage: Was kommt nach Nasarbajew?

Wir müssen uns beeilen, denn wenn Nasarbajew morgen verschwindet, er aber die Nachfolge noch nicht geregelt hat, dann gibt es möglicherweise einen Bürgerkrieg; denn es gibt viele etwa gleichwertige Anwärter, aber keinen, der herausragt, weil der Präsident dafür sorgt, dass sie etwa gleich stark bleiben. Aber wenn er weg ist, würden sie untereinander erst einmal um die Macht kämpfen. Deshalb ist es wichtig, dass die Nachfolge geregelt wird. Ich hoffe, dass es nach Nasarbajew in jedem Fall besser sein wird. Wer auch immer kommen wird, er wird es besser machen.

Haben Sie vielen Dank für das Gespräch.

Die Fragen stellte Edda Schlager

CHRONIK

Vom 22. Januar bis 18. Februar 2011

Kasachstan

22.1.2011	Der stellvertretende Gouverneur des Gebietes Ostkasachstan, Serik Taukebajew, räumt ein, dass für die Schwierigkeiten bei der Wärmeversorgung der Städte Semej, Ridder und Ust-Kamenogorsk falsche Angaben über die Höhe der Vorräte und die Qualität von Heizmitteln mit verantwortlich sind.
25.01.2011	Zur Vorbereitung auf die erwarteten Frühjahrshochwasser im Gebiet Almaty müssen Reparatur- und Instandsetzungsarbeiten in Höhe von 1,9 Mrd. Tenge (fast 13 Mio. US-Dollar) durchgeführt werden, teilt der stellvertretende Gouverneur des Gebiets, Amandyk Batalow, mit.
25.1.2011	Der Leiter von KazMunaiGaz, Kaigeldy Kabyldin, gibt bekannt, dass die Realisierung des transkaspischen Erdöl-Transportsystems (KCTS) nicht vor 2018 beginnen wird.
26.1.2011	Außenminister Kanat Saudabajew trifft bei seinem offiziellen Besuch in Washington mit seiner Amtskollegin Hillary Clinton zu bilateralen Gesprächen zusammen.
27.1.2011	Präsident Nursultan Nasarbajew erklärt per Dekret das Jahr 2011 zum »Jahr des 20. Jahrestags der Unabhängigkeit Kasachstans«.
28.1.2011	Präsident Nasarbajew verspricht in seiner jährlichen Rede an die Nation, dass Kasachstan die soziale Modernisierung vorantreiben wird. Wichtige Ziele seien u. a., innerhalb der nächsten zehn Jahre allen Kindern eine vorschulische Ausbildung zu gewährleisten, die Unterrichtszeit auf 12 Jahre umzustellen sowie zu erreichen, dass alle Schüler die Staatssprache Kasachisch frei beherrschen.
28.1.2011	Laut Aussage von Präsident Nasarbajew stieg das BIP pro Kopf zu Jahresbeginn auf über 9.000 US-Dollar. Diese Höhe war von der Führung des Landes erst für das Jahr 2015 avisiert worden.
29.1.2011	Mehrere Oppositionsführer der im Rahmen des Republikanisch-Demokratischen Forums »Neues Kasachstan – 2020« zusammengeschlossenen Koalition von Parteien und NGOs fordern Präsident Nasarbajew dazu auf, das geplante Referendum zur Verlängerung seiner Amtszeit bis 2020 abzulehnen.
30.1.2011	Präsident Nasarbajew empfängt IOC-Präsident Jacques Rogge und erörtert mit ihm Pläne der kasachstanischen Regierung, sich für die Abhaltung der Olympischen Winterspiele 2022 in Kasachstan zu bewerben.
30.1.2011	Der Präsident erklärt die 7. Asiatischen Winterspiele offiziell für eröffnet.
31.1.2011	Der Verfassungsrat lehnt die Durchführung eines Referendums über die Verlängerung der Amtszeit von Präsident Nasarbajew bis 2020 als nicht verfassungskonform ab.
31.1.2011	Interfax meldet, dass die Generalstaatsanwaltschaft Kasachstans von Großbritannien die Auslieferung des Ex-BTA Bank-Chefs Mughtar Abljasow beantragt hat. Gegen Abljasow laufen auch in Großbritannien und Russland Prozesse wegen Betruges.
31.1.2011	Präsident Nasarbajew unterstützt die Ablehnung des Referendums durch den Verfassungsrat und kündigt vorgezogene Präsidentschaftswahlen noch für dieses Jahr ein.
31.1.2011	Das Außenministerium setzt Sonderflüge nach Kairo ein, um binnen 24 Stunden alle Bürger Kasachstans aus Ägypten auszufliegen.
1.2.2011	Öl- und Gasminister Sauat Mynbajew kündigt an, dass der vom Kaschagan-Konsortium/BP vorgelegte Plan zur Entwicklung der 2. Phase des Kaschagan-Projekts wegen der veranschlagten hohen Kosten nicht genehmigt wird.
1.2.2011	Die Agentur für Statistik meldet, dass das Existenzminimum im Januar 2011 gegenüber Dezember 2010 um 6,7 % gestiegen ist und 14.644 Tenge (ca. 100 US-Dollar) beträgt.
1.2.2011	Der litauische Außenminister und amtierende OSZE-Vorsitzende, Audronius Azubalis, äußert sich positiv über Präsident Nasarbajews Entscheidung, das Referendum zur Verlängerung seiner Amtszeit abzulehnen und begrüßt die vorgezogenen Wahlen.
2.2.2011	Das Parlament stimmt Änderungen der Wahlgesetzgebung hinsichtlich der Präsidentschaftswahl zu, Präsident Nasarbajew unterzeichnet sie noch am selben Tag. Der Präsident hat damit das Recht, vorgezogene Wahlen festzusetzen, die innerhalb der nächsten zwei Monate stattfinden müssen.
3.2.2011	Die Pro-Präsidenten-Partei Adilet wird bei der Präsidentschaftswahl keinen eigenen Kandidaten aufstellen, teilt Parteichef Maksut Narikbajew während einer Diskussion mit.
4.2.2011	Präsident Nasarbajew gibt als Termin für die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen den 3. April 2011 bekannt.

4.2.2011	Kasachstan will im ersten Quartal 2011 die Verhandlungen um den Beitritt zur Welthandelsorganisation beenden, teilt die Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Schanar Aitschanowa, mit. Damit könnte Kasachstan in der ersten Hälfte 2012 der WTO beitreten.
6.2.2011	Die Asiatischen Winterspiele in Astana und Almaty gehen mit einer großen Abschlussfeier zu Ende. Kasachstan belegt in der Medaillenwertung den ersten Rang.
7.2.2011	Der Vorsitzende der oppositionellen nicht registrierten Partei Alga!, Wladimir Koslow, erklärt, dass er sich wegen mangelnder Kasachischkenntnisse nicht darum bemühen werde, als Kandidat für die Präsidentschaftswahl zugelassen zu werden.
7.2.2011	Die oppositionelle Kommunistische Partei Kasachstans schließt nicht aus, die Präsidentschaftswahlen zu boykottieren, teilte ihr Parteisekretär, Gasis Aldamscharow, der Nachrichtenagentur KazTAG mit.
7.2.2011	Der Chef der Zentralen Wahlkommission, Kuandyk Turgankulow, kündigt strenge Bewertungen bei den Sprachtests für Präsidentschaftskandidaten an. Schon ein Fehler könne eine Kandidatur ausschließen, so das Mitglied der Sprachkommission, Fausija Orasbajewa.
7.2.2011	Der Vorsitzende der oppositionellen Allnationalen Sozialdemokratischen Partei Asat, Bulat Abilow, kritisiert die jüngsten Änderungen der Wahlgesetzgebung als verfassungswidrig.
8.2.2011	Der unabhängige Präsidentschaftskandidat Ualichan Kaiserow erklärt, nachdem er die für die Kandidatur notwendige Sprachprüfung nicht bestanden hat, dass die Sprachkommission im politischen Auftrag gehandelt habe.
9.2.2011	Die Zahl von Diabetes-Kranken in der Hauptstadt Astana ist im Jahr 2010 im Vergleich zum Vorjahr um 37 % gestiegen, teilt der Leiter des Gesundheitsamts, Dauletschan Esimow, bei einer Sitzung mit. Er macht den Lebenswandel der Hauptstädter für die starke Steigerung verantwortlich.
10.2.2011	Amantai kaschi Asylbek, Anführer der Bewegung Attan Kasachstan, bewirbt sich für die Präsidentschaftswahl.
10.2.2011	Der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, Turgankulow, gibt bekannt, dass der Vorsitzende der ökologischen Partei Menin Kasakstanym, Musagali Duambekow, als Kandidat für die Präsidentschaftswahlen zugelassen ist.
11.2.2011	Die Präsidentenpartei Nur Otan stellt Nursultan Nasarbajew als ihren Kandidaten auf. Nach Angaben des Vorsitzenden der Sprachkommission, Myrsataj Scholdasbekow, hat Nasarbajew den Sprachtest fehlerlos bestanden.
11.2.2011	Laut einer Meldung der Agentur für Statistik sind im Januar 486.300 Menschen arbeitslos gemeldet, damit beträgt die offizielle Arbeitslosenquote 5,7 %.
12.2.2011	Der Vorsitzende der Oppositionspartei Asat, Abilow, kündigt in einem Interview mit KazTAG an, dass die Partei Ualichan Kaiserow, der sich selbst und ohne Absprache zum Präsidentschaftskandidaten gemacht hatte, aus der Partei ausschließen werde.
12.2.2011	Die Partei Asat beschließt, die vorgezogenen Präsidentschaftswahlen zu boykottieren – nachdem sie zuvor einstimmig Abilow nominiert hatte. Der Generalsekretär der Partei, Amirschan Kosanow, fordert ehrliche und faire Wahlen am ursprünglichen Termin im Jahr 2012.
12.2.2011	70 % des Territoriums Kasachstans sind von Desertifikation bedroht, teilt Gani Usbekow, Vorsitzender der Agentur für Erdressourcenverwaltung, im Parlament mit.
14.2.2011	Der Führer der ökologischen Bewegung Tabigat, Mels Eleusisow, der als unabhängiger Kandidat bei den Präsidentschaftswahlen antritt, erklärt auf einer Pressekonferenz, dass nicht Präsident Nasarbajew sein Gegner ist, sondern der Vorsitzende der Partei Menin Kasachstanym, Musagali Duambekow.
14.2.2011	Die Kommunistische Volkspartei Kasachstans bestimmt Schambyl Achmetbekow zu ihrem Kandidaten für die Präsidentschaftswahl.
14.2.2011	Nach Angaben der Wahlkommission ist Amantaj Kaschi Asylbek nicht zum Sprachtest erschienen.
15.2.2011	Laut einer Mitteilung der Agentur für Statistik betrug das durchschnittliche Monatseinkommen in Kasachstan im Dezember 2010 97.256 Tenge (665 US-Dollar) und ist damit im Vergleich zum Dezember 2009 um 17,5 % gestiegen.
15.2.2011	Die Partei Ak Schol wird keinen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahl aufstellen, teilt ihr Vorsitzender Alichan Bajmenow mit.
15.2.2011	Der Vorsitzende der Partei Ak Schol, Bajmenow, schlägt in einem Interview mit KazTAG vor, für Kasachisch einen dem TOEFL-Test im Englischen ähnlichen Test einzuführen, um die Sprachprüfung für Präsidentschaftskandidaten transparenter zu gestalten. Der wegen Nichtbestehens des Sprachtests nicht zur Wahl zugelassene Ualichan Kaiserow, klagt vor Gericht gegen das Ergebnis.

16.2.2011	Die Generalstaatsanwaltschaft meldet, dass die Buzachi Operating Ltd. 606, 1 Mio. Tenge (4.146.330 US-Dollar) als Entschädigung für von ihr bei der Mineralölverarbeitung in der Nähe der Stadt Aktau verursachte ökologische Emissionsschäden bezahlt hat.
16.2.2011	Die grüne Partei Ruhanijat erklärt, dass sie sich nicht an den vorgezogenen Präsidentenwahlen beteiligen wird.
16.2.2011	Kanat Turageldijew, Leiter eines Reiseunternehmens aus der Region Almaty, besteht den für die Zulassung zur Präsidentschaftswahl erforderlichen Sprachtest.
17.2.2011	Schambyl Achmatbekow, der Kandidat der Kommunistischen Volkspartei, besteht den Sprachtest.
17.2.2011	Der Chef des OSZE-Zentrums in Astana, Alexander Kelchevsky, kündigt an, dass die Organisation die Präsidentschaftswahlen mit über 400 Wahlbeobachtern verfolgen werde.
18.2.2011	Der Vorsitzende des staatlichen Antikorruptionskomitees, Schaksybyj Basiljew, meldet seine Kandidatur für die Präsidentschaftswahl an.

Kirgistan

24.1.2011	Premierminister Almasbek Atambajew erklärt bei einem Treffen mit Pressevertretern, dass die Regierung den Beschluss gefasst hat, schrittweise Mitglied der Zollunion von Russland, Weißrussland und Kasachstan zu werden.
24.1.2011	Nationalismus, nicht Separatismus, ist das gegenwärtig größte Problem in Kirgistan, sagt Premier Atambajew bei einem Interview.
24.1.2011	Aus Bischkek und umliegenden Orten werden Proteste und Demonstrationen von Basarhändlern und Taxifahrern gemeldet.
24.1.2011	Nach Angaben von Finanzminister Tschorobek Imaschew vor dem Parlamentskomitee für internationale Angelegenheiten stammen 15–20 % des aktuellen Staatshaushalts aus der Unterstützung internationaler Organisationen.
24.1.2011	Das Justizministerium verweigert einer neuen Interessenvertretung der Schwulen und Lesben die Registrierung.
25.1.2011	Menschenrechtler demonstrieren vor dem Weißen Haus, dem gegenwärtigen Sitz des Parlamentes, gegen Nationalismus und Faschismus in der Volksvertretung.
25.1.2011	Bei 24.kg erscheint ein Artikel, in dem dem seit drei Monaten arbeitenden Parlament eine schwache Leistungsbilanz und Verfolgung vor allem der eigenen Interessen vorgeworfen wird.
25.1.2011	Kimmo Kiljunen, der Chef der internationalen Kommission zur Untersuchung der Ereignisse in Osch, führt bei seinem Bischkekbesuch Gespräche mit Kommissionsmitgliedern und Präsidentin Rosa Otunbajewa.
26.1.2011	Der mit internationalem Haftbefehl wegen Machtmissbrauch und Verstoß gegen staatliche Interessen gesuchte ehemalige Energieminister Saparbek Balkibekow wird in Dublin verhaftet. Irland soll ihm politisches Asyl gewährt haben.
27.1.2011	Präsidentin Otunbajewa droht den Parlamentariern die Auflösung der Volksvertretung an, wenn sie sich nicht auf ihre verfassungsmäßige legislative Tätigkeit beschränken, sondern politische Spielchen spielen. Ein Parlamentarier erklärt daraufhin, dass die Präsidentin kein Recht zur Auflösung habe.
27.1.2011	Präsidentin Otunbajewa verspricht bei einem Treffen mit kirgisischen Menschenrechtsaktivisten eine engere Zusammenarbeit.
27.1.2011	Die Gerichtsverhandlung gegen den Menschenrechtler Asimschan Askarow und mehrere Bewohner des Ortes Basar-Korgon wegen der Organisation von Massenunruhen im Juni 2010 wird auf den 8.2. vertagt.
27.1.2011	Die Finanzpolizei durchsucht die Geschäftsräume der Firma Alfa-Telekom (Mobilfunkanbieter MegaCom) nachdem gerüchtweise verlautet war, dass illegal 10 Mio. US-Dollar aus der Firma abgezogen worden seien.
29.1.2011	Finanzminister Imaschew gibt seinen Rücktritt bekannt.
29.1.2011	Präsidentin Otunbajewa entbindet Sozialminister Dujschenali Mamasalijew auf dessen Wunsch seines Amtes.
30.1.2011	Präsidentin Otunbajewa trifft in Astana mit dem kasachstanischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew zusammen und nimmt an der Eröffnung der Asiad teil.
1.2.2011	Premier Atambajew trifft mit dem UN-Sondergesandten und Chef des regionalen Zentrums für präventive Diplomatie in Zentralasien, Miroslav Jenca, zu Gesprächen über eine Verbesserung der regionalen Kooperation und des Kampfes gegen Sicherheitsrisiken zusammen.
1.2.2011	Die Regierung stellt den Entwurf für den neuen Vertrag zur Treibstoffversorgung der US-Luftwaffenbasis Manas vor, der kirgisischen Zulieferern eine Beteiligungsmöglichkeit bietet.

1.2.2011	Präsidentin Otunbajewa warnt während eines Besuches in Osch vor möglichen neuen Terroranschlägen in der nahen Zukunft und stellt ein Programm zum Kampf gegen die Kriminalität vor.
1.2.2011	Sandschar Bakijew, Neffe des ehemaligen Präsidenten, wird wegen der Organisation von Massenunruhen in Dschalalabad zu einer zehnjährigen Gefängnisstrafe verurteilt.
1.2.2011	Das Ministerium für Arbeit und Migration empfiehlt der Regierung, die Bestimmungen für Auslandsadoptionen zu verschärfen.
2.2.2011	Nach Gesprächen mit dem türkischen Premierminister Recep Tayyip Erdogan kündigt Premier Atambajew die Abschaffung der Visapflicht zwischen beiden Ländern für Ende 2011 an. Im Rahmen des Besuches wird eine Verstärkung der türkischen Militärhilfe für Kirgistan vereinbart.
3.2.2011	In einer Videobotschaft kündigt Präsidentin Otunbajewa ein neues staatliches Programm zur Verbesserung der Beziehungen zwischen den Nationalitäten des Landes an und fordert die Bürger auf, sich aktiv daran zu beteiligen.
3.2.2011	Zwischen Präsidentin Otunbajewa und dem Parlament besteht ein Konflikt um die Abhaltung der Bürgermeisterwahlen in Bischkek. Otunbajewa unterzeichnet ein Dekret, das eine Wahl am nächsten Tag möglich macht, die absolute Mehrheit der Parlamentarier fordert eine Verschiebung.
3.2.2011	Das Parlament berät über eine Angleichung der Bezahlung von Präsidentin und Premierminister und Parlamentssprecher sowie von Ministern und Deputierten.
3.2.2011	Das ehemalige Mitglied der Übergangsregierung, Asimbek Beknasarow, erhebt auf einer Pressekonferenz schwere Vorwürfe gegen die jetzige Regierung. Sie würde gegen die Verfassung und geltende Gesetze verstoßen und das Land spalten.
4.2.2011	Der 1. stellvertretende Premierminister, Omurbek Babanow, verspricht vor der Presse eine Lohnerhöhung um das Dreifache für Lehrer und das Zweieinhalbfache für Ärzte ab 1. März.
4.2.2011	Der Stadtrat von Bischkek wählt mit 39 von 40 Stimmen den Amtsinhaber Isa Omurkulow zum neuen Bürgermeister. Vor dem Gebäude finden Proteste gegen die Wahl statt.
5.2.2011	Der Mufti von Kirgistan, Tschubak aschi Dschalilow, trifft mit dem stellvertretenden Mufti der Türkei zusammen, u. a. um den Baufortschritt der neuen, überwiegend von der Türkei finanzierten, zentralen Moschee von Bischkek zu erörtern.
7.2.2011	Präsidentin Otunbajewa ernennt Melis Mambetschanow zum neuen Finanz- und Aigul Ryskulowa zur neuen Sozialministerin.
7.2.2011	Das Parlament beschließt Gesetzesänderungen, die eine Beteiligung der Regierung an der Organisation von Pilgerfahrten nach Mekka für die Zukunft ausschließen. Als Grund werden Organisationsprobleme und Korruptionsvorwürfe genannt.
7.2.2011	Rechtsvertreter des russischen Investors in der MegaCom, Gleb Ognjannikow, protestieren öffentlich gegen die nach ihrer Ansicht rechtswidrige Durchsuchung und Strafverfolgung der Firma.
7.2.2011	RFE/RL meldet, dass im Gebiet Osch erneut eine Gruppe von acht Anhängern von Hisb-ut Tahrir gefangen genommen wurde.
7.2.2011	Mehr als 300 Personen demonstrieren vor dem Verwaltungsgebäude der Stadt Kadamdschai (Gebiet Batken) für die Freilassung des Parteichefs der Kommunisten, Ischak Masalijew. Auch in Bischkek findet eine kleinere Demonstration statt. Masalijew wird die Organisation von Unruhen im Süden Mitte Mai 2010 vorgeworfen.
8.2.2011	Die russische Botschaft in Bischkek gibt eine Erklärung heraus, in der gegen die Belegung der bisherigen Frequenz des Moskauer Kanals 1 mit kirgisischen Fernseh- und Rundfunksendern protestiert wird.
8.2.2011	Die Gerichtsverhandlung gegen Asimschan Askarow wird auf unbestimmte Zeit verschoben.
9.2.2011	Omurbek Tekebajew, der Führer der oppositionellen Ata-Meken Fraktion im Parlament, fordert eine personelle Revolution in Kirgistan, d. h. einen grundlegenden Personalwechsel in Justiz und Verwaltung.
9.2.2011	Irland verweigert die Auslieferung des ehemaligen Energieministers Balkibekow.
10.2.2011	Premier Atambajew teilt in einem Fernsehinterview mit, dass die Türkei dem Land einen 10 Mio. US-Dollar-Kredit zur Stabilisierung des Etats gewährt habe.
10.2.2011	Die nationale Kommission für die Staatssprache fordert die Abschaffung aller russischen Orts- und Straßennamen. Der Vorsitzende der Kommission, Asimdschan Ibraimow, wird daraufhin nach eigenen Angaben zum Rücktritt gezwungen.
10.2.2011	Präsidentin Otunbajewa entlässt den umstrittenen Chef der staatlichen Nachrichtenagentur Chabar, Dschyrgalbek Turdukojow, und ernennt Kuban Abdymen zu seinem Nachfolger.

12.2.2011	Nach einem Besuch von Präsidentin Otunbajewa in der Generalstaatsanwaltschaft wird bekannt, dass aktuell 213 Wirtschaftsvergehen von Vertretern des Bakijew-Regimes verfolgt werden. Die finanziellen Verluste für den Staat sollen bei 130 Mio. US-Dollar liegen, nur 6 % der Summe konnten bislang restituiert werden.
15.2.2011	Kirgistan ist zurzeit das Epizentrum der Ereignisse in Zentralasien, erklärt Nikolaj Bordjuscha, Generalsekretär der CSTO, bei einem Gespräch mit Premierminister Atambajew.
15.2.2011	Die Rücküberweisungen kirgisischer Arbeitsmigranten im Jahr 2010 betragen 1,2 Mrd. US-Dollar, teilt das Arbeitsministerium mit.
15.2.2011	Aus Washington verlautet, dass Kirgistan zusammen mit Tadschikistan auf der Liste der Länder steht, denen die US-Regierung 2012 Priorität für Unterstützungszahlungen beimisst.
16.2.2011	Präsidentin Otunbajewa empfängt eine Delegation der Parlamentarischen Versammlung der OSZE.
17.2.2011	Präsidentin Otunbajewa ist die Gewinnerin des US-Secretary of State's International Woman Courage Award. Die Auszeichnung soll ihr am 8. März von Hillary Clinton verliehen werden.
17.2.2011	Der Chef der Präsidialadministration, Emil Kaptagajew, warnt vor einer Verschärfung der politischen Lage durch Bestrebungen, das alte Regime zu restaurieren und sieht die Staatlichkeit bedroht.
17.2.2011	Das Parlament verabschiedet einen Gesetzentwurf, der die Benennung eines knapp 4.500 m hohen Berggipfels 60 km südlich von Bischkek nach dem russischen Premier Wladimir Putin vorsieht.
17.2.2011	Usbekistan hebt die Einschränkungen der Gaslieferungen nach Osch auf.

Tadschikistan

24.1.2011	Nach Angaben von Finanzminister Safarali Najmuddinow betragen Tadschikistans Auslandsschulden am 1.1.2011 1,94 Mrd. US-Dollar, das sind 34,6 % des BIP.
24.1.2011	Ein Erdbeben der Stärke 6,1 erschüttert am frühen morgen den Osten Tadschikistans. Personen kommen nicht zu Schaden.
24.1.2011	Nach Angaben aus dem Finanzministerium werden für die 2010 verkauften Roghun-Aktien Dividenden in Höhe von insgesamt 5 Mio. Somoni (1,14 Mio. US-Dollar) gezahlt. Insgesamt waren Aktien im Wert von 6 Mrd. Somoni (1,36 Mrd. US-Dollar) an mehr als 2 Mio. Bürger verkauft worden.
25.1.2011	Wegen der stark gestiegenen Preise für Getreideimporte aus Kasachstan steigen die Preise für Mehl und Weizen um durchschnittlich 8 %.
26.1.2011	Die Zahl der weiblichen Arbeitsmigranten hat sich 2010 nach offiziellen Angaben auf knapp 50.100 (von insgesamt 735.000 Arbeitsmigranten aus Tadschikistan) verdoppelt.
26.1.2011	Unter den Opfern des Anschlags auf den Moskauer Flughafen Domodedowo befinden sich zwei tadschikische Staatsbürger, 16 wurden verletzt.
26.1.2011	Das Unterhaus des Parlamentes beschließt Gesetzesänderungen, nach denen Ausländer tadschikische Staatsbürger erst nach mindestens einjährigem Aufenthalt im Land heiraten dürfen.
27.1.2011	Die Lebensmittelpreise sind in Tadschikistan 2010 um 13,4 % gestiegen, teilt der Minister für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, Saidrahmon Nasirijew, vor der Presse mit.
27.1.2011	In Duschanbe wird der unautorisierte Straßenverkauf von Zeitungen und Zeitschriften eingeschränkt.
29.1.2011	Die Fluggesellschaften Tajik Air und Somon Air erhöhen ihre Preise für Flüge nach Moskau um 20 %.
31.1.2011	Als Reaktion auf eine usbekische Erhöhung des Preises für Stromlieferungen um 50 % unterbricht Tadschikistan die Stromverbindung von Usbekistan in den Bezirk Pendschikent.
31.1.2011	Die Strafverfolgungsbehörden nehmen den 76jährigen Vater des im Januar erschossenen früheren Kommandeurs der Vereinigten Tadschikischen Opposition, Ali Berdak, wegen Nichtmeldung einer geplanten Straftat fest.
31.1.2011	Das Oberste Gericht verurteilt den islamischen Gelehrten Eschoni Zajnulobiddin (Zajnulobiddin Mannonow) wegen Anfachen religiösen Hasses und extremistischer Tätigkeit zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe. Zajnulobiddin war im Herbst 2010 im Zusammenhang mit der Flucht von Gefangenen und den Operationen in Rascht verhaftet worden.
1.2.2011	Zehn Geistliche von Moscheen in Duschanbe geben völlig unerwartet ihr Amt auf. Beobachter sehen einen Zusammenhang mit den Maßnahmen der Regierung gegen Islam und Extremismus.
1.2.2011	In Chudschand, der Hauptstadt der Provinz Sogd, eröffnet ein usbekisches Kulturzentrum.

1.2.2011	In der EU-Repräsentanz in Duschanbe findet ein Gespräch mit führenden Vertretern der Partei der Islamischen Wiedergeburt Tadschikistans statt. Gesprächsthemen sind u. a. die Einhaltung der Menschenrechte und Doppelstandards internationaler Akteure.
1.2.2011	Kulturminister Mirsosochohruch Asori und der Chef der russischen Agentur für die Angelegenheiten ausländischer Mitbürger und humanitäre Zusammenarbeit in der GUS, Farit Muchametsin, unterzeichnen ein Abkommen über die Gründung von russischen und tadschikischen Informations- und Kulturzentren in Duschanbe und Moskau.
1.2.2011	Die Nachrichtenagentur Avesta bekommt einen neuen Eigentümer und Direktor, Jamsched Ulmasow. Der bisherige Eigentümer Safar Abdullojew will sich aus dem aktiven Journalismus zurückziehen.
3.2.2011	Avesta meldet, dass das US-amerikanische Journal Time Präsident Emomali Rachmon zusammen mit den Führern Ägyptens, Algeriens, Irans, Sudans, Weißrusslands, Jemens, Zimbabwes, Nordkoreas und Saudi-Arabiens in seine Liste der zehn Autokraten in Schwierigkeiten aufgenommen habe.
3.2.2011	Reporter ohne Grenzen schließt sich dem Protest tadschikischer Journalistenverbände gegen die Verurteilung von Asia-Plus an. Die unabhängige Wochenzeitung soll 1 Mio. Somoni (165.625 Euro) wegen der Veröffentlichung von die Würde und Reputation des Chefs der Abteilung für den Kampf gegen die organisierte Kriminalität, Anwar Tagajmurodow, verletzender Äußerungen zahlen.
5.2.2011	Die tadschikische Faroz Aktiengesellschaft und die chinesische Yu Liang Fu-Gesellschaft beginnen mit dem Bau des ersten Baustahl-Werkes des Landes mit einer geplanten jährlichen Produktion von 200.000 Mio. t.
7.2.2011	Am Morgen wird der Chefredakteur von Naschot, der Parteizeitung der Partei der Islamischen Wiedergeburt, Chikmatullo Sajfullosoda, in der Nähe seines Wohnhauses brutal zusammengeschlagen.
8.2.2011	Ein Gericht in Duschanbe verurteilt nach mehr als einjährigem Prozess die unabhängige Wochenzeitung Mil-lat zur Zahlung von 1.500 Somoni (333 US-Dollar) an das Landwirtschaftsministerium, wegen der 2009 publizierten Behauptung, dass dieses Ministerium das korrupteste des Landes sei.
8.2.2011	Das Fach Wissen über den Islam, das im September 2010 für Schüler der 8. Klassen neu eingeführt worden war, wird aus dem Lehrplan gestrichen.
9.2.2011	Vertreter der Partei der Islamischen Wiedergeburt erklären den Überfall auf Chikmatullo Sajfullosoda für politisch motiviert, Vertreter anderer Parteien bezweifeln das.
11.2.2011	Außenminister Hamrochon Zarifi erörtert in einem Telefongespräch mit seinem russischen Kollegen Sergej Lawrow Stand und Probleme des bilateralen Verhältnisses.
15.2.2011	Die Schweizer Firma Poyry Energy Ltd. gewinnt die Ausschreibung für ein Umwelt-Assessment des Roghun-Projektes, teilt das Energieministerium mit.
15.2.2011	Nach den Ergebnissen einer Umfrage des staatlichen Komitees für Frauen und Familienangelegenheiten wurden 20 % der befragten Mädchen zum Tragen des Hidschab gezwungen.
15.2.2011	Aus Washington verlautet, dass Tadschikistan zusammen mit Kirgistan auf der Liste der Staaten steht, denen die US-Regierung 2012 bevorzugt Hilfe anbieten wird.
15.2.2011	Nach fünfjähriger Unterbrechung wird die Flugverbindung Duschanbe-Neu Dehli einmal wöchentlich wieder aufgenommen.
17.2.2011	Aus gut informierten Kreisen verlautet, dass hinter verschlossenen Türen ein neues russisch-tadschikisches Abkommen über Zusammenarbeit im Grenzschutz verhandelt wird.
17.2.2011	Ein 27-jähriger Tadschike kommt beim illegalen Grenzübertritt nach Usbekistan im Gebiet Sogd durch eine Antipersonen-Mine zu Tode.

Turkmenistan

23.1.2011	Die Kündigung der Lizenz des russischen Mobilfunkanbieters MTS in Turkmenistan sei auf das Auslaufen der Verträge zurückzuführen und damit rechtmäßig, erklärt Kommunikationsminister Owljaguly Dschumagulyjew.
25.1.2011	Im Jahr 2012 wird in Turkmenistan eine gesetzliche Rentenversicherung eingeführt und ein Rentenfonds gegründet, teilt ein Sprecher des Ministeriums für soziale Versorgung der Zeitung Nejtralnyj Turkmenistan mit. Ex-Präsident Saparmurat Nijasow hatte in seiner Amtszeit staatliche Rentenleistungen massiv gekürzt.
25.1.2011	Turkmenistan und Weißrussland verstärken ihre militärische Zusammenarbeit, meldet die weißrussische Informationsagentur BelaPAN.

27.1.2011	Der Chef des russischen Konzerns Itera, Igor Makarow, bestreitet, Präsident Gurbanguly Berdymuchammedow eine Jacht im Wert von 60 Mio. US-Dollar geschenkt zu haben. Diese Information war zuvor auf der Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlicht worden.
31.1.2011	An der Grenze zwischen Usbekistan und Turkmenistan kommt ein usbekischer Bürger durch Schüsse turkmenischer Grenzsoldaten ums Leben, meldet Radio Ozodlik. Er habe zusammen mit anderen versucht, die Grenze illegal zu überqueren.
1.2.2011	Der OSZE-Botschafter Turkmenistans, Arsim Zekolli, wird nach OSZE-internen Auseinandersetzungen abberufen, meldet die Menschenrechtsorganisation Chronika Turkmenistana.
4.2.2011	Präsident Berdymuchammedow erklärt auf einer Kabinettsitzung, dass er Konkurrenz auf dem Mobilfunkmarkt sowie die Privatisierung des nach der Kündigung der Verträge mit MTS staatlichen Monopolanbieters wünscht.
10.2.2011	Präsident Berdymuchammedow reist zu einem offiziellen Staatsbesuch nach Bahrain.
12.2.2011	Rachel Denber, Direktorin der Abteilung Europa und Zentralasien von Human Rights Watch (HRW) wendet sich mit einem Brief an Präsident Berdymuchammedow, in dem sie ihre Besorgnis über den Fall des Pastors der protestantischen Kirche von Mary, Ilmurad Nurliev, äußert. Nurliev wurde im Oktober 2010 wegen Betrugs verurteilt, politische Hintergründe werden nicht ausgeschlossen.
16.2.2011	Der US Assistant of State for South and Central Asia, Robert Blake, hält sich für die jährlichen bilateralen Konsultationen in Aschhabad auf. Treffen mit Vertretern von Regierung und Wirtschaft sind vorgesehen,
17.2.2011	Aus dem Quartalsbericht von MTS geht hervor, dass die Firma ihren Gewinn nicht ausführen kann, weil die Überweisung durch eine Anfrage der Nationalbank Turkmenistans zu Rechnungen im Jahr 2009 verhindert wird. MTS wertet das Eingreifen der Nationalbank als bewusstes Blockieren.

Usbekistan

22.1.2011	In einer im ersten staatlichen Fernsehprogramm übertragenen Rede beschuldigt Präsident Islam Karimow die lokale Führung von Andischan der mangelnden Beschäftigung mit sozioökonomischen Problemen und macht sie für die Unruhen 2005 verantwortlich.
23.1.2011	Interfax meldet, die usbekischen Behörden hätten alle Ersuchen des Außenministeriums der RF über Informierung im Fall Jurij Korepanow unbeantwortet gelassen. Der russische Staatsbürger war wegen Hochverrat zu 16 Jahren Haft in Usbekistan verurteilt worden.
23.1.2011	Der Priester der Full Gospel Church in Andischan, Dmitrij Schestakow, wird nach Verbüßung einer sechsjährigen Freiheitsstrafe wegen Missionierung aus dem Gefängnis entlassen.
24.1.2011	Präsident Islam Karimow trifft zu einem offiziellen Besuch von EU und Nato in Brüssel ein. Gespräche mit dem Präsidenten der EU-Kommission, Jose Manuel Barroso, und EU-Energiekommissar Günther Oettinger sowie Nato-Generalsekretär Anders Fogh Rasmussen, sind vorgesehen. Usbekische und westliche Menschenrechtsorganisationen protestieren heftig gegen den Besuch.
24.1.2011	Nato-Generalsekretär Rasmussen erklärt auf einer Pressekonferenz vor seinem Zusammentreffen mit Präsident Karimow, dass der Besuch von usbekischer Seite initiiert worden sei und nicht auf seiner Einladung beruhe.
24.1.2011	In Brüssel wird ein Memorandum über die Zusammenarbeit EU-Usbekistan im Energiebereich unterzeichnet.
24.1.2011	In allen Gebieten des Landes wird das Amt eines stellvertretenden Gouverneurs, der für die Verbindung mit gesellschaftlichen und religiösen Organisationen zuständig sein soll, eingeführt.
25.1.2011	Vertreter der EBRD widersprechen Meldungen von Mitte Januar, dass die Bank ihre Vertretung in Taschkent schließe.
25.1.2011	Nach Angaben von John Pennell, Chef des USAID-Büros in Taschkent, stellt seine Organisation aktuell 32 Mio. US-Dollar für Hilfsprogramme in Usbekistan zur Verfügung: 16 Mio. für den Gesundheitssektor, 10 Mio. für die Entwicklung von demokratischer Regierungsführung und 6 Mio. für Wirtschaftsentwicklung.
25.1.2011	Aus Samarkand werden Probleme bei der Gasversorgung gemeldet.
26.1.2011	Bei dem Bombenanschlag auf den Moskauer Flughafen Domodedowo kommt ein usbekischer Staatsbürger ums Leben.
29.1.2011	In Taschkent wird bekannt, dass als eines der Ergebnisse des Brüssel-Besuches Präsident Karimows in Taschkent ein EU-Büro eröffnet wird.
29.1.2011	Das staatliche Komitee für Statistik teilt mit, dass der usbekische Außenhandelsumsatz 2010 fast 22 Mrd. US-Dollar und damit 3 % mehr als 2009 betragen habe.

29.1.2011	Die Akademie des Innenministeriums eröffnet ein Informationszentrum für Menschenrechte.
31.1.2011	In Moskau erörtert der Vorsitzende des Föderationsrates, Sergej Mironow, mit dem Botschafter Usbekistans in der RF, Sijadulla Pulatchodschajew, den Fall Korepanow.
31.1.2011	Vertreter der Umweltbewegung Usbekistans beschuldigen die Weltbank der Parteinahme für Tadschikistan in der Kontroverse um den Bau des Roghun-Wasserkraftwerkes.
31.1.2011	Die GIZ eröffnet ein Büro in Taschkent.
1.2.2011	Usbekistan erhöht die Gebühren für den Transport von Gütern des westlichen Verteidigungsbündnisses durch sein Territorium nach Afghanistan. Westliche Beobachter stellen einen Zusammenhang mit Karimows Unzufriedenheit über die Ergebnisse seines Brüsselbesuches her.
1.2.2011	Die Preise für die Heißwasserversorgung steigen für Nutzer, die noch keine Wasseruhr installiert haben, um fast 20 %.
1.2.2011	Der Chef des westlichen regionalen Stromnetzes, Samirbek Usagalijew, teilt vor der Presse mit, dass die deutsche KfW 27 Mio. Euro für die Erneuerung des Stromnetzes bereit stelle.
1.2.2011	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik ist die Bevölkerung des Landes 2010 um 1,7 % gestiegen und betrug Ende des Jahres 28.234 Mio. Menschen. Der Präsident hatte kurz zuvor von 29 Mio. gesprochen.
2.2.2011	Die indische Polizei nimmt in Neu-Dehli drei junge usbekische (und zwei kirgisische) Staatsbürgerinnen wegen Prostitution fest.
3.2.2011	Die staatliche Zeitung Narodnoje Slowo veröffentlicht Ergebnisse einer Meinungsumfrage, nach der Präsident Karimow das absolute Vertrauen der Bevölkerung genießt.
3.2.2011	Es wird bekannt, dass Raschid Bekjan, Mitglied der verbotenen Oppositionspartei Erk und Bruder ihres Führers Muhammad Salih, 20 Tage vor seiner Entlassung aus 12jähriger Gefangenschaft in Einzelhaft gesetzt wurde. Es wird vermutet, dass die Behörden ein neues Verfahren gegen ihn vorbereiten.
3.2.2011	In Namangan wird das nach Taschkent zweite chinesische Handelszentrum in Usbekistan eröffnet.
3.2.2011	Der Einspruch von Jurij Korepanow gegen seine Verurteilung wegen Hochverrat zu 16 Jahren Haft wird von einem Militärgericht abgelehnt.
3.2.2011	Beim Brand eines Wohnhauses in einer Kleinstadt im Gebiet Rostow (RF) kommen vier usbekische Staatsbürger ums Leben.
3.2.2011	Das Oberste Gericht der RF bestätigt ein Urteil des Obersten Gerichtes Tatarstans vom Dezember 2010, nach dem drei usbekische Staatsbürger nicht an Usbekistan ausgeliefert werden.
4.2.2011	Präsident Karimow ernennt Sohíd Dusanow zum neuen Vorsitzenden des staatlichen Zollkomitees.
5.2.2011	Nach Angaben der staatlichen Tourismusorganisation Uzbektourism haben 2010 mehr als 1,3 Mio. Touristen Usbekistan besucht. Das ist eine Steigerung um 6,9 % gegenüber dem Vorjahr.
7.2.2011	Während der Grünen Woche in Berlin wird eine Erklärung über Zusammenarbeit zwischen den Landwirtschaftsministerien Deutschlands und Usbekistans unterzeichnet.
7.2.2011	Aus dem Rechenschaftsbericht der Kommission für verfassungsmäßige Rechte und Freiheiten unter Leitung von Ombudsfrau Sajjora Raschidowa geht hervor, dass sich 2010 10.619 Bürger mit Beschwerden, vor allem bezüglich ihrer sozio-ökonomischen und persönlichen Rechte, an die Institution gewandt haben.
7.2.2011	Präsident Karimow setzt das Staatsprogramm zum Jahr des kleinen und privaten Unternehmertums in Kraft.
7.2.2011	Der Journalist Tursunbek Turasoda, Mitglied der Menschenrechtsorganisation Esgulik, wird verhaftet.
8.2.2011	Präsident Karimow trifft zu einem dreitägigen offiziellen Besuch in Japan ein. Im Vorfeld des Besuches unterzeichnen der japanische Wirtschaftsminister, Banri Kaieda, und der erste stellvertretende usbekische Premierminister, Rustam Asimow, eine Vereinbarung über verstärkte Zusammenarbeit im Bereich der natürlichen Ressourcen (insbesondere seltene Erden und Uran).
9.2.2011	Bei einem Treffen Präsident Karimows mit dem japanischen Premier Naoto Kan wird der weitere Ausbau der Beziehungen vereinbart.
9.2.2011	Usbekische Kabelanbieter beenden ohne Begründung die Übertragung der russischen Kanäle TN und DTW. Einzelne Sendungen beider Sender waren wegen negativen Einflusses auf die Jugend in die Kritik geraten.
10.2.2011	Die Luftaufsicht verbietet ab sofort Feuerzeuge und Streichhölzer in den Kabinen von Flugzeugen.

10.2.2011	Der Eigentümer der Internetseite arbuz.com beendet die Diskussion mehrerer politischer Themen in seinen chatrooms, nachdem Teilnehmer ins Visier der Strafverfolgungsbehörden geraten waren.
11.2.2011	Ein Gericht des Gebietes Taschkent verfügt die Ausweisung des südkoreanischen Staatsbürgers und Vertreters der Young Nak, Li Dschai, wegen Missionstätigkeit.
11.2.2011	Der Botschafter Lettlands in Taschkent übernimmt vom US-Botschafter die offizielle Funktion des Nato-Kontakt-Botschafters.
14.2.2011	Es wird bekannt, dass am 3.2. 13 Personen zu Gefängnisstrafen zwischen sechs und zehn Jahren wegen Mitgliedschaft in einer islamistischen Vereinigung verurteilt wurden.
15.2.2011	Das Gefängnis von Andischan, das 2005 zu trauriger Berühmtheit gelangt war, ist geschlossen, die Gefangenen wurden verlegt.
15.2.2011	In einem Moskauer Metroeingang wird ein junger Usbeke erstochen aufgefunden, zwei Tatverdächtige werden verhaftet.
16.2.2011	Nach Angaben des staatlichen Komitees für Statistik betrug der Anteil des nichtstaatlichen Sektors am BIP 2010 81,7 % und damit 0,4 % mehr als im Vorjahr.
16.2.2011	Es wird bekannt, dass der Menschenrechtler Abdullo Todschiobj-ugli Präsident Karimow in einem offenen Brief zum Rücktritt aufgefordert hat.
16.2.2011	Als Ergebnis eines Treffens von Vertretern der zuständigen Ministerien Usbekistans, Turkmenistans, Irans, Omans und Katars wird eine Vereinbarung über die Schaffung eines neuen Transportkorridors zwischen den beteiligten Staaten unterzeichnet.
17.2. 2011	US-Assistant Secretary of State for South and Central Asian Affairs, Robert Blake, hält sich für die jährlichen bilateralen amerikanisch-usbekischen Regierungskonsultationen in Taschkent auf.
17.2.2011	Präsident Karimow wechselt den Bürgermeister von Taschkent aus. Neuer Amtsträger ist Rahmonbek Usmonow.
17.2.2011	Fünf usbekische Kinder fliegen mit Unterstützung der deutschen Organisation Friedensdorf International zur medizinischen Behandlung nach Deutschland.

Die Zentralasien-Analysen werden vom Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft sowie zusätzlich von der GTZ unterstützt.

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft



Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Zentralasien-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Beate Eschment

Redaktionsassistenten: Henryk Alff, Margarethe Waldt

Satz: Matthias Neumann

Zentralasien-Analysen-Layout: Matthias Neumann, nach einem Konzept von Cengiz Kibaroglu, mit einer Grafik von Sebastian Klüsener

Die Zentralasien-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1866-2110 © 2010 by Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. und Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. • Schaperstraße 30 • 10719 Berlin • Telefon: +49 30 214 784 12 • Telefax: +49 30 214 784 14

e-mail: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org • Internet-Adresse: www.laender-analysen.de/zentralasien

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft
oa



■ Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft arbeitet seit 1952 aktiv daran, die Handels- und Investitionsbedingungen für deutsche Unternehmen in über 20 Ländern des östlichen Europas und Zentralasiens zu verbessern.

■ Wir sind die Stimme der deutschen Wirtschaft in bilateralen Gremien und vernetzen Wirtschaft und Politik durch die Organisation exklusiver Wirtschaftsgespräche und Delegationsreisen.

■ Unsere Konferenzen und Fachseminare informieren Sie über aktuelle Entwicklungen zwischen Zagreb und Wladiwostok.

■ Mit unseren Projekten fördern wir die marktwirtschaftliche Entwicklung in Osteuropa und investieren in die Aus- und Weiterbildung junger Menschen.

Weitere Informationen zu unseren Veranstaltungen, Publikationen und zur Mitgliedschaft im Ost-Ausschuss finden Sie unter: www.ost-ausschuss.de

Brücke zu den Zukunftsmärkten

Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de

Caucasus Analytical Digest

Der Caucasus Analytical Digest bietet einmal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Die Polen-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Die Russlandanalysen bieten vierzehntägig eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

Der Russian Analytical Digest bietet zweimal monatlich englischsprachige Kurzanalysen sowie illustrierende Daten zu einem aktuellen Thema.

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Die Ukraine-Analysen bieten zweimal monatlich eine Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Die Zentralasien-Analysen bieten eine monatliche Kurzanalyse zu einem aktuellen Thema aus Politik, Wirtschaft oder Kultur, ergänzt um Grafiken und Tabellen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Abonnement unter: Zentralasien-Analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die vierteljährlich erscheinenden Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de